



**Tauziehen um
Beneš-Dekrete**

(Seite 4)

**Bodenverkauf
wird zum Zankapfel**

(Seite 6)

**Tribüne der
Meinungen**

(Seite 12)

Völkerrechtler De Zayas: „Die Vertriebenen dürfen nicht aufgeben!“

Der Völkerrechtsprofessor Alfred M. de Zayas macht den Vertriebenen Mut und übt scharfe Kritik an den Politikern in Deutschland und Österreich: „Die deutschen Vertriebenen dürfen nicht aufgeben. Sie sollen weiterhin auf ihre Rechte bestehen, auch wenn die deutschen und österreichischen Politiker versagen“, sagt der international



renommierte Experte aus Genf im Exklusiv-Interview mit der „Sudetenpost“. „Steter Tropfen höhlt den Stein“, so de Zayas auf die Frage, ob der Pessimismus vieler Sudetendeutscher hinsichtlich der Wahrung ihrer Rechte angebracht sei. Die Vertriebenen sollten weiter auf ihr Rechte bestehen. Er empfiehlt den Sudetendeutschen, sich direkt an die achtzehn Mitglieder des UNO-Menschenrechtsausschusses zu wenden, da diese ein großes Informationsdefizit in dieser Causa hätten. Kein gutes Haar läßt de Zayas, der am 15. und 16. September beim Sudetendeutschen Heimattag in Wien und Klosterneuburg zwei Vorträge halten wird, an den regierenden Politikern: „Die deutschen und österreichischen Politiker haben die Vertriebenen übers Ohr gehauen. Sie haben wiederholt gelogen und sie lügen heute weiter“. Die Staaten hätten eine völkerrechtliche Ver-

pflichtung zum diplomatischen Schutz. Es sei „ein Skandal, daß dieser selbstverständliche Anspruch der Vertriebenen weder von Berlin noch von Wien respektiert wird“, findet de Zayas, der allerdings auch die Vertriebenenvertreter nicht ganz von Kritik ausnimmt: Auch die Landsmannschaften hätte viele Gelegenheiten verpaßt.

In seinen Vorträgen beim diesjährigen Heimattag wird de Zayas am Samstag in Wien im „Haus der Heimat“ um 17.00 Uhr über „Rainer Maria Rilke als Heimatdichter“ sprechen und am Sonntag in der Klosterneuburger Babenbergerhalle über „Vertreibung und Völkerrecht“ referieren.

Das gesamte Interview mit Professor Alfred de Zayas sowie seine völkerrechtlichen Thesen zur Vertriebenenfrage lesen Sie auf den Seiten 2 und 3 dieser Ausgabe der „Sudetenpost“.

Tropfenweise
VON MANFRED MAURER

ES KLINGT SCHON etwas abgedroschen: Steter Tropfen höhlt den Stein. Wer hat das nicht schon einmal zum Trost gehört, gesagt, wenn wieder einmal nichts weitergegangen ist in der Vertriebenenpolitik. Jaja, steter Tropfen höhlt den Stein ... Aber bis so ein Stein wirklich tropfenweise ausgehöhlt worden ist, sind ein paar tausend Jahre vergangen.

SOLANGE HABEN die Vertriebenen nun wirklich nicht Zeit, abgesehen davon, daß bei einer solchen Perspektive ein bekannter historischer Effekt zum Tragen käme: Die Verklärung des Grauens. Was die Römer seinerzeit im Imperium getrieben haben oder auch schon viel später die Heerscharen Napoleons auf ihren Raubzügen durch Europa, wird heute nicht mehr als Unzahl von menschlichen Tragödien wahrgenommen, sondern nur noch distanziert durch die wissenschaftliche Brille betrachtet oder zu Hollywood-Schinken verbraten. Die Opfer kommen höchstens noch als Statisten vor, ihr Leid hat nur noch die Funktion, dem Betrachter einen Schauer über den Rücken zu jagen, nicht aber sein Mitgefühl zu wecken.

DA EINE METAPHER aber nicht immer wörtlich genommen werden muß, sollte die Durchhalteparole des Völkerrechtlers Alfred M. de Zayas (s. Interview auf Seite 2) doch als Anstoß genommen werden, die Steine, die den Vertriebenen in den Weg gelegt werden, mit möglichst vielen Tropfen möglichst weit auszuhöhlen, auf daß sie endlich zerbersten mögen.

LEICHT GESAGT. Aber wie getan? DA GLEICH MEHRERE Steine auf dem Weg liegen, bedarf es auch vieler Tropfenspenden, die sich der Sache annehmen. Gerade in der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich hat sich in den vergangenen Monaten einiges getan. Die sogenannten Aktivgruppen sind ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur Tropfenbildung. Keiner kann mehr sagen: Ich als Einzelner kann ja eh überhaupt nichts tun! Jeder kann aktiv werden, wenn ihm etwas sauer aufstößt. Wenn wieder irgendwo einsprachige Hinweisschilder angebracht werden. Wenn wieder irgendein Journalist gedankenlos die tschechisierten Ortsnamen verwendet. Nicht, daß damit gleich alles zum Besseren gewendet wäre. Nein, das zu erhoffen, wäre unrealistisch. Aber die Aktivitäten der Aktivgruppen sind eben jene kleinen Tropfen, die in Summe gesehen, den einen oder anderen Stein spürbar aushöhlen können.

DIESE AKTIVITÄTEN sollten Ansporn sein für all jene, die – aus durchaus verständlichen Gründen – schon zum Lamentieren neigen. Es stimmt ja, daß die Regierungen die Vertriebenen verraten und verkauft haben. Es stimmt ja, daß es nicht einfach sein wird, angesichts dieser widrigen Umstände die große vertriebenenpolitische Wende herbeizuführen. Aber es stimmt einfach nicht, daß man gar nichts mehr tun kann. Man kann!

VIELLEICHT, NEIN, SICHER würde es helfen, wenn die Aktivitäten auch seitens der Landsmannschaft in München etwas mehr Beachtung und Unterstützung fänden. So mancher Sudetendeutscher hat nicht ganz zu Unrecht den Eindruck, daß dort große Politik zu machen versucht wird – spricht: Daß man dort sehr diplomatisch und daher möglichst wenig kantig agiert. Dafür wird es sicher auch viel Beifall geben. Und zwar von jenen pekuniären Tropfenspendern, die auch nach dem Aushöhlungsprinzip vorgehen: Steter staatlicher Geldfluß höhlt den Stein der Aufmüpfigkeit. Die Landsmannschaft wird so zu einer zahmen Partie, die dem tschechischen Stein nichts mehr anhaben kann, weil der sudetendeutsche Einsatz für Recht und Gerechtigkeit nur noch schaumgebremst auf ihn herabtröpfelt.

Laßt Euch nicht entmutigen von den armen Tröpfen, die sich schon aufgegeben haben! Denn jeder Sudetendeutsche ist ein Tropfen. Und so könnten sich Millionen Tropfen vereinigen zu einer Flut, die den Stein nicht erst langwierig auszuhöhlen versucht, sondern ihn vielleicht doch einmal einfach hinwegspült!

DAS BILD DER HEIMAT



Braunau in Nordostböhmen. Das Bild zeigt den Ringplatz mit dem Rathaus. Anfang des 14. Jahrhunderts Gründung eines Benediktinerklosters mit einer bedeutenden Klosterbibliothek. Braunau hatte eine bedeutende Baumwollindustrie und war bekannt für seine Uhrenerzeugung.

Das Foto stellte freundlicherweise Frau Annemarie Pernt aus Kirchdorf a. d. Krems zur Verfügung.

Das Interview

„Sudetenpost“-Exklusivinterview mit dem Völkerrechtler Alfred M. de Zayas: Steter Tropfen höhlt den Stein

Harte Kritik an den regierenden Politikern in Österreich wie in Deutschland übt der bekannte Völkerrechtler Alfred M. de Zayas im „Sudetenpost“-Interview. Gleichzeitig ermutigt er die Vertriebenen aber zum Durchhalten.

Sudetenpost: Herr Professor de Zayas, viele Vertriebene sind der Ansicht, daß man im Kampf für Recht und Gerechtigkeit ohnehin nicht mehr viel ausrichten könne. Ist der Pessimismus berechtigt?

Alfred M. de Zayas: Gutta cavat lapidem (Ovidius). Steter Tropfen höhlt den Stein. Die deutschen Vertriebenen dürfen nicht aufgeben. Sie sollen weiterhin auf ihre Rechte bestehen, auch wenn die deutschen und österreichischen Politiker versagen. Es geht um die Menschenwürde und um das allgemeine Prinzip der Gleichheit aller Menschen und der Gleichheit der Opfer. Deutsche Opfer dürfen nicht als Opfer zweiter Klasse behandelt werden. Die Armenier sind lange Zeit ignoriert worden. Sie haben neunzig Jahre um ihre Anerkennung als Opfer gekämpft – und heute wird der Völkermord an den Armeniern anerkannt und die Armenier haben ihre Geschichte, ihre Identität, ihre Ehre zurückerkämpft. Die überlebenden Griechen aus Pontos und Smyrna, die überlebenden Assyrer und ihre Nachfolger kämpfen noch gegen das Schweigen ihres Leidens, denn sie waren genauso von den Osmanen ausgerottet als die Armenier. Die deutschen Vertriebenen warten noch auf Anerkennung ihres Status als Opfer. Sie sollen ähnlich wie die Armenier verfahren und auf der Basis der Menschenrechte das verlangen, was ihr Recht ist. Es gibt keinen schlimmeren Pessimismus als Verzicht.

Informationsdefizit ein fundamentales Problem

Sudetenpost: Eine Gruppe von Sudetendeutschen hat sich an den UNO-Menschenrechtsausschuß gewandt, nachdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ihre Beschwerde abgewiesen hatte. Wie stehen deren Chancen?

Alfred M. de Zayas: Im Prinzip könnten sie gewinnen. Technisch gesehen, müssen die innerstaatlichen Rechtswege erschöpft sein. Darüber hinaus, muß eine „fortdauernde Verletzung“ des Paktes über bürgerliche und politi-

sche Rechte nach dem Inkrafttreten des Paktes für die Tschechische Republik argumentiert und belegt werden – so die Weigerung der Rehabilitierung bzw. der Restitution nach 1991. Die Vertreibung an sich liegt außerhalb der Kompetenz des Menschenrechtsausschusses ratione temporis bzw. weil die Ereignisse 1945 bis 1948 stattfanden, lange bevor der Ausschuß überhaupt existierte.

Aber da ist ein anderes, fundamentaleres Problem, und zwar das enorme Informationsdefizit über die Vertreibung der Deutschen. Ich arbeitete zweiundzwanzig Jahre für den Ausschuß und kann feststellen, daß unter den achtzehn Experten keiner richtig Bescheid über die Vertreibung weiß. Darüber hinaus gibt es kaum Sympathie für deutsche Opfer, ganz im allgemeinen, denn die Deutschen sind überall in der Welt gründlich diffamiert worden. Trotzdem können deutsche Fälle vor dem Ausschuß gewinnen. – Siehe zum Beispiel die Entscheidungen in den Fällen

Des Fours Walderode v. Tschechien (2001)
Petzold v. Tschechien (2002)
Czernin v. Tschechien (2005).

Leider hat die Tschechische Republik diese Entscheidungen des Ausschusses bisher nicht umgesetzt, was der Ausschuß im Juli 2007 monierte, als der zweite Bericht der Tschechischen Republik in Genf untersucht wurde. In den Schlußbemerkungen des Ausschusses heißt es: „Der Ausschuß verlangt, daß der Staat die Urteile des Ausschusses in die Tat umsetzt, einschließlich jene bezüglich Gesetz 87 / 91 von 1991, so daß Eigentum zurückgegeben oder für Entschädigung an die Opfer gesorgt wird.“ (UN Dok. CCPR / C / CZE / CO / 2)

Sudetenpost: Was brächte ein Erfolg vor dem UNO-Menschenrechtsausschuß konkret? Wie wäre die weitere Vorgangsweise?

Alfred M. de Zayas: Man muß gegen das Informationsdefizit etwas unternehmen. Vielleicht sollten die Sudetendeutschen direkt an die achtzehn Mitglieder des Ausschusses schreiben. Sie könnten ebenfalls an die Hochkommissarin für Menschenrechte, Louise Arbour (aus Kanada), schreiben:

Office of the UN High Commissioner
for Human Rights, Palais Wilson,
CH-1211 Genf 10.

Frau Arbour ist eine mutige Frau und hat verschiedene Initiativen ergriffen, etwa durch „Amicus Curiae“ Gutachten an verschiedenen Instanzen, sogar an den amerikanischen Obersten Gerichtshof im Fall Guantanamo.

Ich möchte auf den früheren UNO-Hochkommissar für Menschenrechte, Dr. Jose Ayala Lasso (aus Ecuador), erinnern, der 1995 die deutschen Vertriebenen als Opfer anerkannte und ein Grußwort an die Vertriebenen in der Paulskirche schickte, in dem er das Recht auf die Heimat anerkannte. 2005 sprach Ayala Lasso persönlich vor 6000 Vertriebenen bei der Veranstaltung „60 Jahre Vertreibung“ in Berlin. Dort hat er sich u. a. für ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin ausgesprochen.

Diese Sachen müssen immer wieder in Erinnerung gebracht werden. Die internationalen Normen unterstützen die Ansprüche der Vertriebenen. Aber das Völkerrecht ist keine Mathematik, und die Normen sind leider nicht mit ihrer Umsetzung identisch. Oft genug wird das Völkerrecht mißachtet und Verbrechen bleiben unbestraft. Man muß aber beharren.

Wien und Berlin müssen protestieren

Sudetenpost: Gibt es andere juristische Wege, um den Vertriebenen doch noch zu ihrem Recht zu verhelfen? Wenn ja, wie beurteilen Sie diese?

Alfred M. de Zayas: Der UNO-Ausschuß gegen Rassendiskriminierung (CERD) hat auch eine Beschwerdeprozedur, die beschränkt werden könnte. Auch die Prozedur des Menschenrechtsrates (Nachfolger der Menschenrechtskommission – nicht mit dem Menschenrechtsausschuß zu verwechseln) gemäß Resolution 1503 könnte von Nutzen sein.

Die Prozeduren könnten, so wie im Fall Des Fours Walderode, zu einem positiven Ergebnis führen. Und da die Tschechische Republik zur Wertegemeinschaft Europas gehören will,

müßte sie die Entscheidungen der UNO-Instanzen respektieren. Wenn sie diese Entscheidungen mißachten, ist die Aufgabe der Europäischen Union und der Regierungen Österreichs und Deutschlands, zu protestieren. Leider tun sie überhaupt nichts, um Tschechien dazu zu bewegen, die Entscheidungen internationaler Instanzen zu respektieren. Dadurch machen sich die deutschen und österreichischen Regierungen gewissermaßen zu Komplizen bei der Mißachtung des Völkerrechts. Duldung von Menschenrechtsverletzungen bedeutet auch eine Menschenrechtsverletzung an sich.

Die Politiker haben gründlich versagt

Sudetenpost: Vor der EU-Erweiterung sagte man den Sudetendeutschen, sie sollten diese positiv sehen, weil die EU-Mitgliedschaft

Völkerrechtliche Thesen von Prof. Alfred M. de Zayas

1. Heimatrecht ist Menschenrecht.
2. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das als jus cogens anerkannt wird, beinhaltet notwendigerweise das Recht auf die Heimat, denn man kann nur das Selbstbestimmungsrecht ausüben, wenn man aus der Heimat nicht vertrieben wird.
3. Die Vertreibung der Deutschen war völkerrechtswidrig.
4. Die Haager Landkriegsordnung von 1907 war im Zweiten Weltkrieg anwendbar. Artikel 42 bis 56 beschränken die Befugnisse von Okkupanten in besetzten Gebieten und gewähren der Bevölkerung Schutz, insbesondere der Ehre und der Rechte der Familie, des Lebens der Bürger und des Privateigentums (Artikel 46) und verbieten Kollektivstrafen (Artikel 50). Eine Massenvertreibung ist mit der Haager Landkriegsordnung in keiner Weise in Einklang zu bringen. Auch gemäß der „Martenschen Klausel“ in der Präambel der IV. Haager Konvention von 1907 sind Vertreibungen rechtswidrig.
5. Vertreibungen waren im Jahre 1945 völkerrechtswidrig, auch in Friedenszeiten, denn sie verletzen die Minderheitenschutzverträge, die Polen und die Tschechoslowakei verpflichteten.
6. Die Rechtsprechung des Internationalen Militär-Tribunals in Nürnberg verurteilte die Vertreibungen, die von den Nationalsozialisten durchgeführt worden waren, als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit. Das Völkerrecht hat per definitionem universale Geltung, und darum stellen die Vertreibungsaktionen gegen die Deutschen, gemessen an denselben Prinzipien, ebenfalls Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit dar.
7. Artikel XIII des Potsdamer Protokolls konnte nicht und hat auch keine Legalisierung der Vertreibung der Deutschen bewirkt. Die Alliierten hatten keine unbeschränkte Verfügungsgewalt über das Leben der Ostdeutschen. Auch wenn es ein „Interalliiertes Transferabkommen“ gegeben hätte (und Artikel XIII stellt kein solches Abkommen dar), müßte es nach völkerrechtlichen Prinzipien beurteilt werden.
8. Nach dem Stand des heutigen Völkerrechts sind Zwangsumsiedlungen völkerrechtswidrig. Artikel 49 der IV. Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949 verbietet Zwangsumsiedlungen. Sie sind ausnahmsweise nur dann gestattet, wenn zwingende militärische Gründe zu dem einzigen Zweck, die Bevölkerung zu schützen, eine Evakuierung erfordern. Solche Evakuierungen, die sowieso nur vorübergehend sein dürfen, sind illegal, wenn sie aus einer Lebensraumpolitik abgeleitet werden.
9. In Friedenszeiten verstoßen Vertreibungen gegen die UNO-Charta, gegen die Menschenrechtserklärung vom 10. Dezember 1948 und gegen die Menschenrechtspakte von 1966. Für die Unterzeichner des Vierten

Protokolls der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten gelten Artikel 3: „Niemand darf aus dem Hoheitsgebiet des Staates, dessen Staatsangehöriger er ist, durch eine Einzel- oder eine Kollektivmaßnahme ausgewiesen werden...“; und Artikel 4: „Kollektivausweisungen von Fremden sind nicht zulässig.“

10. In Kriegs- sowie Friedenszeiten stellen Vertreibung und Verschleppung völkerrechtliche Verbrechen dar. Gemäß Artikel 8 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs gelten Vertreibungen als Kriegsverbrechen, gemäß Art. 7 als Verbrechen gegen die Menschheit.

11. Vertreibung und Verschleppung können sehr wohl als Völkermord bezeichnet werden, wenn die Absicht des Vertreiberstaates nachweislich ist, eine Volksgruppe auch nur teilweise zu vernichten. Dies war zweifelsohne die Absicht Beneš', wie in seinen Reden und in den Beneš-Dekreten ausreichend belegt. Dies ist auch die Auffassung führender Völkerrechtslehrer, u. a. Felix Ermacora und Dieter Blumenwitz. Somit erfüllte die Vertreibung der Sudetendeutschen den Tatbestand des Völkermordes im Sinne der UNO-Völkermordkonvention von 1948. Auch Teilaspekte der Vertreibung der Deutschen durch Polen und Jugoslawien sind nachweislich Genozid.

12. Die entschädigungslose Enteignung von Privateigentum fremder Staatsbürger ist völkerrechtswidrig. Wenn eine Enteignung im Zusammenhang mit einem Verbrechen gegen die Menschheit steht, bzw. Bestandteil eines Genozids ist, darf die Staatengemeinschaft diese Enteignung nicht anerkennen. Der Staat der Nationalität der Opfer dieser Enteignungen ist zum diplomatischen Schutz seiner Bürger verpflichtet, denn die Ausübung des diplomatischen Schutzes ist in diesen Fällen keine Ermessensfrage.

13. Das Völkerrecht gilt gleichermaßen für alle. Darum sind die Staaten erga omnes verpflichtet, die Normen des Völkerrechts konsequent anzuwenden, ohne willkürliche Ausnahmen. Ein Staat gefährdet die Rechtssicherheit und stellt die Glaubwürdigkeit der völkerrechtlichen Rechtsordnung in Frage, wenn er nach unterschiedlichen Maßstäben handelt. Völkermord und Verbrechen gegen die Menschheit müssen stets verurteilt werden, unabhängig von der Nationalität der Opfer.

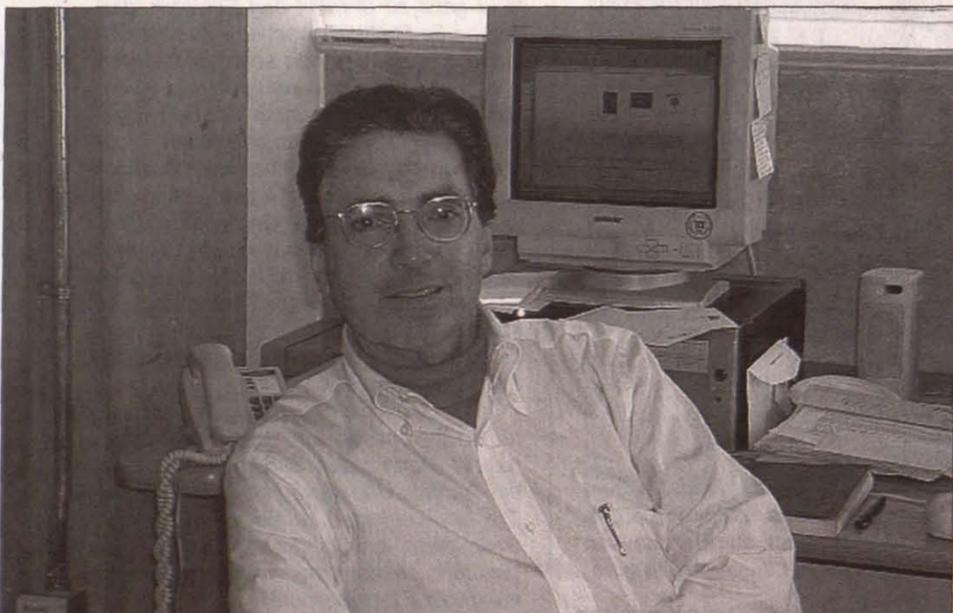
14. Flüchtlinge und Vertriebene haben ein Recht auf Rückkehr sowie ein Recht auf Restitution (Siehe UNO-Unterkommission für Menschenrechte, Resolutionen 2002 / 30 und 2005 / 21 sowie der Schlußbericht der Unterkommission über Vertreibung und die Menschenrechte UN Doc E / CN. 4 / Sub. 2 / 1997 / 23 und die Ausführungen des ersten UN-Hochkommissars für Menschenrechte Dr. José Ayala Lasso vom 28. Mai 1995 in Frankfurt am Main und 6. August 2005 in Berlin).

Professor Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas ist in Chicago aufgewachsen. Er promovierte an der Harvard Law School und arbeitete als Rechtsanwalt bei Cyrus Vance in New York. Mit einem Fulbright Stipendium ging er nach Deutschland, wo er in Geschichte promovierte und war Wissenschaftlicher Assistent an der Uni Göttingen.

Nach 22 Jahren, als hoher UNO-Beamter in Genf, ging er in den Vorruhestand, um wieder lehren zu können. Derzeit lehrt er Völkerrecht an der Geneva School of Diplomacy. Alfred de Zayas war Gastprofessor an zahlreichen Universitäten u. a. in Chicago, Vancouver, Santa Clara, Madrid, und am Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales.

Er lebt mit seiner holländischen Frau in Genf und ist Präsident des PEN Clubs in der französisch-sprechenden Schweiz.

www.alfreddezayas.com



Tschechiens bzw. der Slowakei der Vertriebenenpolitik neue Möglichkeiten eröffnen würde. Bislang merkt man allerdings nicht, daß der EU-Beitritt diese Staaten zu irgendwelchen Zugeständnissen gebracht hätte. Liegt es daran, daß sich die Politik zuwenig der Vertriebenenproblematik widmet, oder gibt es tatsächlich keine völkerrechtliche Handhabe etwa gegen den Fortbestand der Beneš-Dekrete?

Alfred M. de Zayas: Die Beneš-Dekrete waren und sind rassistisch und totalitär. Deshalb sind sie mit den Kopenhagener Prinzipien und mit dem EU-Vertrag unvereinbar. Aber die deut-

schen und österreichischen Regierungen haben in ihrer Pflicht zum Rechtsschutz der Opfer versagt. Wenn man die Presseerklärungen der letzten zehn Jahren liest, wissen wir, wie die Politiker gelogen haben – und sie lügen heute weiter. Es gibt keinen Wenzel Jaksch, Herbert Czaja, Herbert Hupka, Hans Edgar Jahn, Erich Mende mehr. Die heutigen Politiker haben im punkto Vertreibung gründlich versagt.

Sudetenpost: Was sollten die Vertriebenen von der Politik erwarten können?

Alfred M. de Zayas: Wenn Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschheit verübt worden sind, hat der verantwortliche Staat die Verpflichtung, diese Verbrechen zu ahnden und den Opfern Wiedergutmachung zu leisten. Nach denselben Maßstäben, die in Nürnberg gegen die Nazis angewandt wurden, stellten die Vertreibung und die Verschleppung der Deutschen Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar. Teilaspekte der Vertreibung erfüllten die Bedingungen des Artikels II der Völkermordkonvention von 1948 und können daher als Völkermord bezeichnet werden. Bekanntlich verjähren Völkermord und Verbrechen gegen die Menschheit nicht, und der Staat der Nationalität der Opfer – sei es Deutschland oder Österreich – hat eine fortdauernde völkerrechtliche Verpflichtung zum diplomatischen Schutz. Es ist ein Skandal, daß dieser selbstverständliche Anspruch der Vertriebenen auf diplomatischen Schutz weder von Berlin noch von Wien respektiert wird.

München hat Sammelklage abgeblasen

Sudetenpost: Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hält sich – gelinde gesagt – sehr zurück, wenn es um die Unterstützung von Rechtsstreitigkeiten von Vertriebenen (etwa Restitutionsforderungen) geht. Würde es die Chance von Klägern erhöhen, wenn sich die Landsmannschaften offensiver hinter deren Forderungen stellten?

Alfred M. de Zayas: Gewiß. Aber die Landsmannschaften haben viele Gelegenheiten verpaßt. Vor zehn Jahren hatte ich an einer Sammelklage für die Sudetendeutschen mitgewirkt, und eine große Kanzlei in Amerika hatte den Fall angenommen. Als amerikanischer Jurist bin ich der Auffassung, daß die Sammelklage Erfolg gehabt hätte. Aber sie wurde von der Landsmannschaft in München abgeblasen. Auf der Basis der Menschenrechte sollen die Landsmannschaften ihre Ansprüche immer wieder zum Ausdruck bringen. Dabei müssen die Landsmannschaften auf das Prinzip der Gleichheit aller Opfer bestehen. Wenn es Wiedergutmachung für die Polen, Tschechen, Juden, Armenier gibt – muß es ebenfalls Wiedergutmachung für die Deutschen geben. Ansonsten haben wir mit völkerrechtswidriger Diskriminierung zu tun.

Freiwillig wird Prag keinen Euro zahlen

Sudetenpost: Darf ich Sie zum Abschluß um zwei Prognosen bitten: Werden die Beneš-Dekrete in zehn Jahren noch Gültigkeit haben? Und wird die Tschechische Republik Entschädigungen leisten bzw. Eigentum restituieren müssen?

Alfred M. de Zayas: Wenn es in Deutschland und in Österreich so weitergeht, werden nicht nur die Beneš-Dekrete weiterhin bestehen, sondern Beneš wird posthum mit dem Europäischen Karlspreis ausgezeichnet, und Straßen werden in Berlin und Wien nach ihm benannt. Die Tschechische Republik wird keinen Euro bezahlen, wenn dies von Berlin und Wien nicht verlangt wird. Hier haben die deutschen und die österreichischen Politiker versagt, denn die Zeit um 1990 hätte sicherlich eine Möglichkeit gegeben, als die Tschechoslowakei Wirtschaftshilfe und Freundschaft im Westen suchte. Die Möglichkeit hat sich wieder 2002 bis 2004 ergeben, als über den Eintritt Tschechiens, Polens und der Slowakei in die EU verhandelt wurde. Hier hätte man ohne weiteres bestimmte Bedingungen stellen können – zumindest die Abschaffung der Beneš- und Bierut-Dekrete. Auch die deutschen und österreichischen Eliten versagten – die Universitäten, die Medien. Sie haben alle an der Täter / Opfer-Schablone gewirkt. Sie haben das menschenverachtende Prinzip der Kollektivschuld explizit oder implizit praktiziert. Und dabei haben die deutschen und österreichischen Politiker die Vertriebenen im Stich gelassen. Sie haben keinen reinen Wein eingeschenkt. Jedoch haben die deutschen Vertriebenen ein Recht auf Gerechtigkeit – und ein Recht auf Wahrheit. Sie müssen darauf beharren, denn Gutta cavat lapidem...

Einstimmung zum Rilke-Vortrag von Prof. Alfred de Zayas

Rezension zu „Larenopfer“

Rainer Maria Rilke: Review of the translation of „Larenopfer“ by Professor / August Stahl in the Blätter der Rilke Gesellschaft, 2005, page 275.

„Ebenfalls ganz neu und frisch ist die erste Übersetzung von Rilkes zum Jahresende 1895 erschienenem Gedichtband „Larenopfer“ ins Englische. Die Übersetzung stammt von Alfred de Zayas (einem Mitglied der Rilke-Gesellschaft wie Frau Ada Brodsky), und sie liegt vor als eine „Bilingual Edition“. Selbst für deutschsprachige Leser ist ein solches Unternehmen eine große Hilfe. Das Nebeneinander der Texte, des Originals und seiner Übersetzung, bringt einen Dialog in Gang, der sehr zum Gewinn auch für den muttersprachlichen Leser werden kann. Gelegentlich entdeckt man erst im Vergleich die besondere, von der Regel abweichende Wortwahl, die syntaktischen Figuren, die Ausklam-

merungen, und auch dies: Die spezielle Bildlichkeit, die sich im anderen Medium nicht wiederholen läßt. Die im Namen der Brunnenromantik („holde Brunnenpoesie“) formulierte Kritik an der modernen Wasserversorgung im Gedicht Brunnen (S. 46) macht besonders die Übertragung ins Englische deutlich. Und schon der bestimmte Artikel in der Übersetzung des Titels (Brunnen – The Fountain) macht auf die Besonderheit aufmerksam, verweist auf die Identität in der Differenz.

Was Alfred de Zayas mit seiner Übersetzung erreicht, eine erneute und intensive Beschäftigung mit dem Rilkeschen Text, das erreicht auf einem ganz anderen Weg der Altmeister der Rilke-Philologie: Walter Simon.“

Der Vortrag findet im Rahmen des Sudetendeutschen Heimattages am Samstag, 15. September, 17 Uhr, im Festsaal des „Hauses der Heimat“, 1030 Wien, Steingasse 25, statt.

Bücher von Prof. Alfred de Zayas

Die deutschen Vertriebenen, Leopold Stocker Verlag / Ares, Graz 2006.

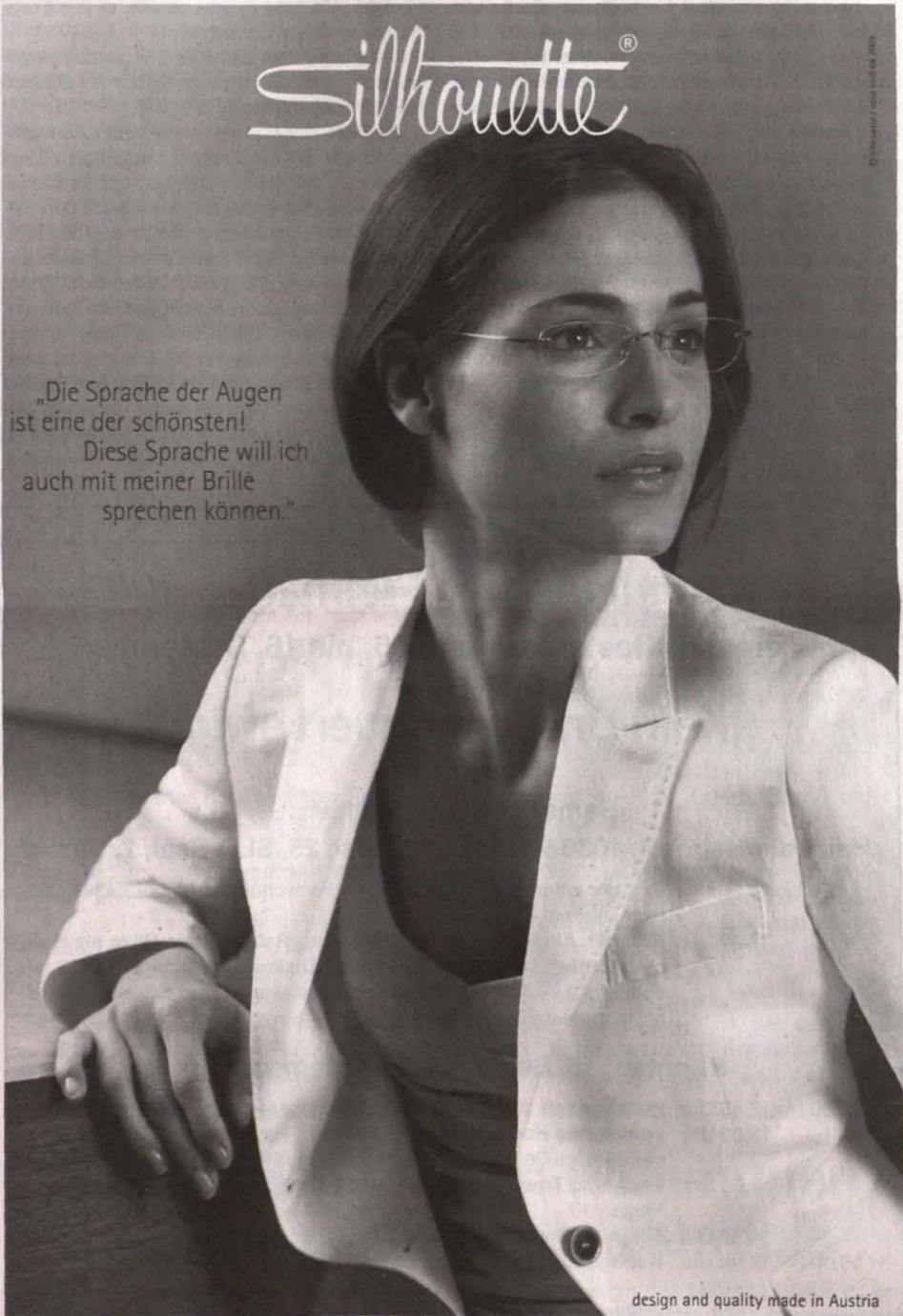
Wer aus den Fehlern der Vergangenheit nicht lernen will, ist verdammt, sie zu wiederholen. Bosnien, Ruanda und Dafur belegen diese alte Weisheit. Der Autor, ein US-amerikanischer Völkerrechtler und Historiker, der in Genf lehrt, hat in seinem nun in 5. Auflage vorliegenden Buch „Anmerkungen zur Vertreibung“ ein einführendes Werk geschaffen, das nicht bei der bloßen Beschreibung der oft schrecklichen Geschehnisse haften bleibt, sondern darüber hinaus den Vorgang historisch korrekt einbettet. Die Vorgeschichte der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, die Verträge von Versailles und St. Germain, die Lage der Deutschen in Polen und der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit, die antideutschen Pogrome in Polen nach Kriegsbeginn 1939, aber auch Hitlers „Lebensraum-Ideen“ werden ausführlich behandelt, wobei deutlich wird, daß Letztere nicht als Ursache oder Entschuldigung der Vertreibung herangezogen werden können. Einen großen Teil des Buches nimmt die Beschreibung der Vertreibung selbst ein, wobei die Berichte von Zeitzeugen, Dokumente, Zahlen und Abbildungen dabei helfen, das schreckliche Geschehen nachvollziehbar zu machen. Fünfzehn Millionen Menschen wurden dabei nach Westen vertrieben, mehr als zwei Millionen kamen um oder wurden direkt getötet. Sind die Verbrechen Hitlers tatsächlich der Grund für die Massenvertreibungen oder spielten andere Planungen im Osten wie bei den Westalliierten eine bedeutende Rolle? Auch dieser Frage geht der Autor nach, um abschließend die Eingliederung der Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik zu schildern. Neu veröffentlichte Fotos aus dem Fundus des Roten Kreuzes in Genf machen das Buch in besonderer Weise unverzichtbar.

Die Nemesis von Potsdam; Herbig, München 2005.

In der ergänzten und aktualisierten Fassung seines Buches untersucht de Zayas die verhängnisvolle Rolle der Westalliierten bei Kriegsende. Dabei skizziert er ihre Vorstellungen von einer „geregelten und humanen“ Umsiedlung, kritisiert Churchills Leichtfertigkeit in Teheran und Moskau sowie den Dilettantismus Roosevelts und widerlegt die sowjetisch-polnisch-tschechische These, wonach die Umsiedlung der Deutschen in Übereinstimmung mit dem Artikel XIII des Potsdam-Protokolls erfolgte. Er zeigt aber auch die Anstrengungen der USA und Großbritanniens, die Vertreibung zu beschränken.

Heimatrecht ist Menschenrecht, Universitas, München 2001. Der mühsame Weg zu Anerkennung und Verwirklichung. 2001, 1. Auflage, 296 Seiten, geb. mit SU.

Alle wesentlichen Bestandteile des Rechts auf die Heimat sind bereits in positiven Rechtsnormen enthalten. Darüber hinaus – ähnlich wie das Recht auf Leben, das durch ein positivrechtliches Tötungsverbot bewahrt ist – wird das Recht auf Heimat durch positivrechtliches Vertreibungsverbot konkretisiert. Die Tatsache, daß Vertreibungen bzw. ethnische Säuberungen weiterhin vorkommen, bedeutet nicht, daß kein Recht auf die Heimat existiert. „Der Verfasser hat eine Gebrauchsanweisung für die Wahrnehmung des Rechts auf die Heimat vorgelegt, die über den Kreis der Völkerrechtler hinaus von Bedeutung sein dürfte“, urteilte die Tageszeitung „Die Welt“.



Angebot der Sudetenpost

Wegen der sehr guten Akzeptanz dieser Aktion geben wir Ihnen hiermit nochmals die Möglichkeit, die „Sudetenpost“ in Form eines Schnupper-Abos ab sofort bis zum Jahresende 2007 zu einem äußerst günstigen Preis kennenzulernen.

Schnupper-Preis: € 8,00

Zweimal monatlich erhalten Sie ab sofort aktuelle Informationen aus erster Hand. Wir sind eine Zeitung, die nicht schönfärbt und die sich für die Anliegen der Sudetendeutschen bedingungslos einsetzt.

Name: _____
 Straße: _____
 Plz: _____ Ort: _____ Telefon: _____

Bitte füllen Sie diesen Kupon aus und senden Sie diesen an die „Sudetenpost“, A-4040, Linz, Kreuzstraße 7. Telefonische Bestellung: (00 43) (0) 732 / 70 05 92.



Das „Haus der Heimat“ hat eine Interviewserie mit den Vertriebenensprechern der Nationalratsparteien begonnen. Hier das erste Interview mit Katharina Pfeffer (SPÖ). Die Interviews mit den weiteren Vertriebenensprechern folgen in den kommenden vier Ausgaben.

Können Sie die Aufgabe eines Vertriebenensprechers näher definieren?

Pfeffer: Als Vertriebenensprecherin der SPÖ sehe ich meine Aufgabe darin, mich für die berechtigten Interessen unserer vertriebenen Landsleute und deren Familien einzusetzen. Dabei ist es mir wichtig, in der Öffentlichkeit darzustellen, daß unsere vertriebenen MitbürgerInnen – wie etwa die Sudetendeutschen oder die Donauschwaben –, von denen viele nach ihrer unmenschlichen und unrechtmäßigen Vertreibung in Österreich eine neue Heimat fanden, Wesentliches zum Wieder-

aufbau unseres Landes und zur Entwicklung eines wirtschaftlich erfolgreichen und friedlichen Österreich beigetragen haben. Für mich ist es auch wesentlich, daß der kulturelle Reichtum und die Traditionen, die die vertriebenen MitbürgerInnen zu uns gebracht haben, erhalten bleiben und an die nächsten Generationen weitergegeben werden. Genauso ist es mir aber wichtig, das Bewußtsein dafür zu schärfen, daß wir uns mit der Vergangenheit ehrlich und konstruktiv auseinandersetzen und daraus die richtigen Lehren ziehen. Dazu gehört es, dem Ungeist des Nationalismus, der im vorigen Jahrhundert so unendlich viel Leid und Elend über die Menschen gebracht hat, energisch entgegenzutreten, wo immer er auftritt. In diesem Sinn setze ich mich für die berechtigten Interessen der Vertriebenen ein, weil ich diesen Einsatz als Teil der Menschenrechtspolitik und Friedenspolitik in der Europäischen Union betrachte.

Was sind die Ziele der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) im Bereich der Vertriebenenpolitik?

Pfeffer: Die von mir als Vertriebenensprecherin der SPÖ in Frage 1 dargelegten Ziele gelten für die SPÖ im Bereich der Vertriebenenpolitik. Hinweisen möchte ich auf den Beschluß des Bundesparteiorgans der SPÖ vom 16. März 2001 zum Thema „Unsere gemeinsame Zukunft. Wir SozialdemokratInnen, unsere vertriebenen MitbürgerInnen und unsere Nachbarn.“ Die in diesem Papier dargelegten Inhalte gelten von der Zielrichtung nach wie vor, auch wenn in den letzten fünf Jahren sich in Europa manches weiter entwickelt hat – wie zum Beispiel die große EU-Erweiterung, insbesondere nach Mittel- und Osteuropa.

Vertriebenensprecher im Interview (1) – Katharina Pfeffer (SPÖ): Hoffen auf tschechische Gesten

Auch die Brannenburger Thesen der Seliger-Gemeinde (Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten), beschlossen am 31. Oktober 1998, sind vom Grundinhalt weiterhin auch für uns interessant.

Die SPÖ hat gemeinsam mit den anderen Parteien im österreichischen Gedenkjahr 2005 alle Länder Ost-, Mittel- und Südosteuropas, wo noch deutsche Minderheiten leben, besucht und mit diesen Minderheiten Kontakt aufgenommen. Was sollte Österreich für diese Minderheiten tun?

Pfeffer: Österreich sollte sich dafür einsetzen, daß die deutschsprachigen Minderheiten in diesen Ländern ebenso wie andere Minderheiten ihre vollen Minderheitenrechte wahrnehmen können und daß in diesen Ländern die Existenz von ethnischen Minderheiten als Bereicherung und nicht als Problem gesehen wird. Österreich wird in diesem Bemühen umso glaubwürdiger sein, je großzügiger es mit den Volksgruppen im eigenen Land umgeht. Dazu gehört jedenfalls die vollständige Umsetzung der verfassungsrechtlich gewährleisteten Rechte unserer Volksgruppen.

Wie könnten die Probleme mit Ländern wie Tschechien im Zusammenhang mit der Vertreibung der Sudetendeutschen nach Ihrer Meinung gelöst werden?

Pfeffer: Es ist zu hoffen, daß die Regierung Tschechiens bereit ist, sichtbare Gesten der Verständigung gegenüber den einst aus ihrem Staatsgebiet Vertriebenen zu setzen. Die noch bestehenden Probleme mit Ländern wie Tschechien sollen im Dialog und im Geist guter Partnerschaft gemeinsam gelöst werden. Auch wenn die Bewältigung der Vergangenheit eine Voraussetzung für die Gestaltung

der Zukunft ist, sollte es nicht sein, daß die Beziehungen zwischen Österreich und einigen seiner Nachbarstaaten von diesen der Vergangenheit angehörenden Streitfragen dominiert werden.

Mit Kroatien gab es vielversprechende Verhandlungen wegen des Restitutionsprogramms. Jetzt scheint es Verzögerungen bei der Gesetzgebung im kroatischen Parlament zu geben. Was ist da geschehen und wie soll es in dieser Frage weitergehen?

Serbien hat zumindest ein Gesetz zur Vermögenserfassung verabschiedet. Ist Ihrer Meinung nach mit einem Entschädigungsgesetz zu rechnen?

Pfeffer: Ich bin nicht im Detail darüber informiert, wie es mit der innerstaatlichen Gesetzgebung der Länder Kroatien und Serbien „weitergeht“.

Was kann die österreichische Außenpolitik machen, damit endlich historische Altlasten wie die Beneš-Dekrete in Tschechien und in der Slowakei oder die AVNOJ-Bestimmungen für den ehemaligen jugoslawischen Raum beseitigt werden?

Pfeffer: Es steht außer Zweifel, daß die Beneš-Dekrete und die AVNOJ-Beschlüsse eindeutig schweres Unrecht enthalten und daß die kollektive Enteignung und Vertreibung der deutschsprachigen Volksgruppen schwere Menschenrechtsverletzungen waren. Es wäre sinnvoll, wenn die österreichische Außenpolitik an die Frage der Amnestie-Gesetze und bei den Restititionen und Entschädigungen mit der Zielsetzung herangeht, ein für beide Seiten akzeptables Ergebnis zu erreichen. Im übrigen verweise ich auf die Antwort zur Frage 4.

Sudetendeutscher Heimattag 2007

Wien und Klosterneuburg, 15. bis 16. September

„Kein Unrecht dauert ewig!“

Samstag, 15. September:

„Haus der Heimat“, 1030 Wien, Steingasse 25, SLÖ-Saal, 2. Stock:

14.30 bis 16.30 Uhr: **Tag der offenen Tür** mit diversen Filmvorführungen bei Kaffee und heimatlichem Kuchen.

17.00 Uhr: **Prof. Dr. Alfred de Zayas** spricht über „Rainer Maria Rilke als Heimatdichter“, mit anschließender **Diskussion** (im großen Saal ebenerdig) – Prof. Dr. Alfred de Zayas signiert sein Rilke-Buch und seine anderen Bücher.

Sonntag, 16. September, Klosterneuburg:

12.00 bis 12.45 Uhr: **Platzkonzert** am Rathausplatz, Stadtkapelle Klosterneuburg.

13.00 Uhr: **Feierliches Hochamt** in der Stiftskirche. Hauptzelebrant ist der Hochmeister des Deutschen Ordens Dr. Bruno Platter OT.

14.00 Uhr: **Fest- und Trachtzug** vom Rathausplatz zum Sudetendeutschen Platz.

14.30 Uhr: **Toten-Gedenkfeier**.

15.00 bis 18.00 Uhr: **Kundgebung** in der Babenbergerhalle.

Die Festrede hält der internationale Völkerrechtler

Univ.-Prof. Dr. Alfred de Zayas, Genf,
zum Thema: „Vertreibung und Völkerrecht“

Grußworte von Bürgermeister Dr. Gottfried Schuh und den Vertriebenensprechern.

Sonderausstellungen:

„Textile Kostbarkeiten aus Böhmen, Mähren und Schlesien“

Mährisch-schlesisches Heimatmuseum, Schießstattgasse 2, 3400 Klosterneuburg.

Bis 30. Oktober 2007 geöffnet – Öffnungszeiten: Dienstag 10.00 bis 16.00 Uhr,

Samstag 14.00 bis 17.00 Uhr, Sonn- und Feiertag 10.00 bis 13.00 Uhr.

Telefon: +43 (0) 22 43-444-287 / +43 (0) 22 42-52 03.

Gedenkausstellung für den Mundartdichter des Böhmerwaldes, Zephyrin Zettl

(1876 bis 1935) – Böhmerwaldmuseum, 1030 Wien, Ungargasse 3, Öffnungszeiten:

16. 9. von 9.00 bis 12.00 Uhr, oder telefonische Voranmeldung: 0 664 / 25 48 764.

Klöppeiausstellung des Frauenarbeitskreises im Foyer der Babenbergerhalle
Öffnungszeiten: 16. 9. von 12.00 bis 18.00 Uhr.

Büchermarkt der Buchhandlung Hasbach im Foyer der Babenbergerhalle.
Prof. Dr. Alfred de Zayas signiert seine Bücher.

Pendelverkehr von 11.00 bis 12.30 Uhr vom Bahnhof Klosterneuburg-Kierling zur Babenbergerhalle gratis.

Tauziehen um Beneš-Dekrete im slowakischen Parlament

Die rechtsextreme Slowakische Nationalpartei (SNS) hat dem Parlament einen Gesetzesvorschlag über die Unantastbarkeit der Beneš-Dekrete vorgelegt. Nach Verabschiedung des Gesetzes könne „jeder, der die Revision der Beneš-Dekrete fordert, seine Gedanken im Gefängnis fortsetzen“, sagte der Vorsitzende der kleineren Regierungspartei, Jan Slota. Mit dem Gesetzesentwurf reagiert die SNS auf eine Forderung der Partei der Ungarischen Koalition (SMK), die Beneš-Dekrete im Parlament zu diskutieren.

Die oppositionelle Ungarpartei SMK hat ihre Initiative über eine „Öffnung“ der Beneš-Dekrete bisher nicht schriftlich konkretisiert. Ihr Vorsitzender Pal Csaky hatte in Gesprächen mit slowakischen und ungarischen Medien jedoch wiederholt erklärt, eine Revision der Beneš-Dekrete sollte auch die materielle Entschädigung der Angehörigen der ungarischen Minderheit, die in der Periode 1945 bis 1948 enteignet oder ausgesiedelt wurden, enthalten. Über den Entwurf der mitregierenden Slota-Partei, der dies verhindern soll, beraten nun die parlamentarischen Ausschüsse.

Alle slowakischen Parteien, von den Regierungsparteien bis hin zu den oppositionellen Mitte-Rechts-Parteien, haben sich bisher gegen eine Debatte über die Beneš-Dekrete gestellt. Sie vertreten die Ansicht, die Beneš-Dekrete seien Bestandteil der Nachkriegsordnung in Europa. Man müsse sie als Reaktion auf die Besetzung der Südslowakei durch das faschistische Horthy-Ungarn 1938 / 1945 sehen.

„Sowohl die österreichische Regierung, insbesondere die Außenministerin und der Bundeskanzler, als auch die EU sind aufgefordert, diese Forderungen entschieden zurückzuweisen“, erklärte der freiheitliche Vertriebenensprecher NAbg. Manfred Haimbuchner zu den Preßburger SNS-Plänen. „Hierbei handelt es sich um einen klaren Verstoß gegen demokratische Grundrechte. Egal, ob die Beneš-Dekrete Unrecht gegenüber Sudetendeutschen oder, wie in diesem Fall Ungarn, rechtfertigen sollen, die Freiheitlichen setzen sich nach wie vor für die Einhaltung von Menschenrechten und Grundrechten in ganz Europa ein und daher auch für die Abschaffung der Beneš-Dekrete“, so Haimbuchner.

Merkel feiert mit: Bund der Vertriebenen ist 50!

Am 22. Oktober feiert der Bund der Vertriebenen (BdV) sein fünfzigjähriges Bestehen im Berliner Kronprinzenpalais. Bundeskanzlerin Angela Merkel wird aus diesem besonderen Anlaß die Festrede halten. Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. h.c. Rudolf Seiters, wird ein Grußwort sprechen.

Rund fünfzehn Millionen Deutsche wurden am Ende und nach dem Krieg aus ihren Heimatgebieten vertrieben. Während in der Ostzone jegliche Erwähnung der Vertreibung verboten war, schlossen sich in den fünfziger Jahren die deutschen Heimatvertriebenen im Bereich der drei Westzonen auf Landesebene zu ersten Verbänden zusammen, nachdem die Alliierten in den ersten Jahren nach dem Krieg jegliche Organisationsansätze von Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen unterbunden hatten.

Am 27. Oktober 1957 entstand aus den beiden Vorgängerverbänden Bund der vertriebe-

nen Deutschen (BvD) und Vereinigte Ostdeutsche Landsmannschaften (VOL) der Bund der Vertriebenen.

Mit der Wiedervereinigung 1990 bildeten sich auch in den neuen Bundesländern Organisationen der Vertriebenen, die heute Teil unseres Verbandes sind.

Der Bund der Vertriebenen, dem 21 Landsmannschaften, sechzehn Landesverbände und vier weitere Verbände (Frauen, Bauern, Jugend- und Sport) angehören, vertritt die Anliegen der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler. Er ist insbesondere in den Bereichen der sozialen Beratung und Betreuung der Spätaussiedler, der Unterstützung der deutschen Minderheiten und Volksgruppen in den Heimatgebieten und der Bewahrung, Pflege und Weiterentwicklung des kulturellen Erbes tätig. Vom Schicksal der Vertreibung ist jede vierte Familie in Deutschland betroffen.

Mit dem Aufstellen zweisprachiger Ortsschilder tut sich die Tschechische Republik schwer: Mehrsprachig: Ein Faktor der Versöhnung

Seit 2001 gilt in Tschechien ein Minderheiten-gesetz. Seit 2005 können autochthone Minderheiten zweisprachige Orts-, Straßen- und Hinweisschilder beantragen, wenn sie mindestens zehn Prozent der Bevölkerung einer Gemeinde

Von Peter Josika

stellen. Laut aktueller tschechischer Volkszählung gibt es fast hundert Gemeinden, in denen die deutsche, polnische und slowakische Volksgruppe diese Marke erreicht.

Bislang hat allerdings nur die polnische Minderheit von ihrem Recht Gebrauch gemacht. Seit Jahren laufen in über dreißig Gemeinden des Mährisch-Schlesischen Kreises Anträge zur Aufstellung zweisprachiger Ortsschilder in Tschechisch und Polnisch. Nach einem langen politischen Hickhack über die Finanzierung und das Ausmaß der Regelung wurden vor wenigen Wochen die ersten zweisprachigen Orts- und Hinweisschilder in Albrechtice / Olbrachcice eingeweiht. Damit ist Tschechien das letzte Land Mitteleuropas, das seinen Minderheiten dieses Grundrecht zugesteht.

In Deutschland bestehen im gesamten historischen Siedlungsraum der Sorben, unabhängig vom Minderheitenanteil, zweisprachige Schilder. In Polen wurden vor drei Jahren kaschubische Ortstafeln aufgestellt. Auf Gemeindeebene existieren zweisprachige polnisch-deutsche Schilder in verschiedenen Orten der Wojwodschaft Opolen. Die Aufstellung der ersten polnisch-deutschen Ortstafeln wird dieses Jahr in der schlesischen Gemeinde Radłów / Radlau und ihren Ortsteilen erwartet. Mindestens fünfzehn weitere Gemeinden sollten folgen. Initiativen gibt es in Dutzenden mehr.

In der Slowakei sind neben dem gesamten

Stoiber trifft Topolanek nicht

Einen Handschlag zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber und dem tschechischen Regierungschef Mirek Topolanek wird es nicht mehr geben. Anders als zunächst erwogen, werde sich Topolanek wohl nicht mehr im böhmischen Grenzgebiet mit Stoiber vor dessen Ausscheiden aus dem Amt am 30. September treffen, verlautet aus tschechischen Regierungskreisen. Engpässe im Terminkalender beider Politiker würden ein Treffen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht mehr zulassen, sagte ein Regierungsbeamter in Prag. Einer solchen Zusammenkunft käme hohe symbolische Bedeutung zu, da die Beziehungen zwischen Prag und München wegen der Nachkriegs-Verreibung der Sudetendeutschen belastet sind. Vor zwei Jahren hatte der damalige tschechische Premier Jiri Paroubek erstmals frühere Widerstandskämpfer in Reihen der deutschen Minderheit geehrt. Stoiber hatte einmal gesagt, er werde nicht nach Prag fahren, solange die Beneš-Dekrete nicht aufgehoben sind.

ungarischen Sprachgebiet auch die wenigen karpatendeutschen Gemeinden, wie zum Beispiel Krahule / Blaufuss, zweisprachig angeschrieben. In Ungarn können zweisprachige Schilder von autochthonen Minderheitenverbänden, unabhängig vom Bevölkerungsanteil, beantragt werden. Daher gibt es bereits hunderte Orte mit bis zu dreisprachiger Benennung. In Österreich wurden seit dem Jahr 2000 in über hundert Gemeinden zweisprachige Orts-, Straßen und Hinweisschilder für die slowenische, kroatische und ungarische Minderheit aufgestellt.

Doch wie stehen die Chancen für die historisch größte Sprachminderheit Europas – die deutsche Volksgruppe in Böhmen, Mähren und Schlesien? Scheinbar schlecht, obwohl sich 18 Gemeinden, selbst nach bestehendem tschechischem Recht, für die Aufstellung zweisprachiger Schilder qualifizieren. Es sind dies Medenec / Kupferberg, Tatovice / Dotterwies, Horská Kvilda / Innergefeld, Kryštofovy Hamry / Christophhammer, Strábná / Silberbach am Erzgebirge, Horní Blatná / Bergstadt Platten, Mikulov / Niklasberg bei Teplitz-Schönau, Abertamy / Abertam, Josefov / Josefsdorf, Kacerov / Katzengrün, Boží Dar / Gottesgab im Erzgebirge, Pernink / Bärtingen, Bublava / Schwaderbach im Erzgebirge, Vejprty / Weipert, Staré Sedlo / Altsattel am Erzgebirge, Krásno / Schönfeld bei Falkenau, Královské Poříčí / Königs-werth bei Falkenau und Žacléř / Schatzlar.

Auf Anfrage bei der für Minderheiten zuständigen Ministerin, Džamila Stehlíková, erhält man folgende Information: „Die Deutschen in

den betroffenen Orten sind nur eine sehr kleine Gruppe in absoluten Zahlen mit einem hohen Durchschnittsalter. Wir wissen, daß sie solche zweisprachigen Schilder nicht unterstützen.“

Schatzlar ist die größte der betroffenen Gemeinden. Daß für Schatzlar zuständige Begegnungszentrum Trutnov / Trautenau bestätigte, daß die deutsche Minderheit in einer Sitzung gegen einen Antrag auf zweisprachige Schilder gestimmt hat. Grund dafür ist die Angst einer seit Jahrzehnten eingeschüchterten Minderheit vor Konflikten mit der Mehrheitsbevölkerung. Ein Mitglied der deutschen Minderheit Westböhmens, das nicht genannt werden will, bringt es auf den Punkt: „Wir wollen nicht, daß uns die Tschechen einen Ziegel durchs Fenster werfen!“ Es ist nicht lange her, seit der Gebrauch der deutschen Muttersprache im öffentlichen Raum noch zu Beschimpfungen und Drohungen führte.

Es ist unverständlich, daß Minderheiten in Tschechien gezwungen werden, um die Umsetzung bestehenden Rechtes formell anzuschauen. Dies ist weder in Deutschland noch in Polen oder Österreich der Fall. Auch die Zehn-Prozent-Hürde entspricht keineswegs dem europäischen „Best Practise“.

Länder wie die Schweiz, Deutschland, Ungarn, Slowenien, Großbritannien und Finnland anerkennen die Zweisprachigkeit im gesamten historischen Siedlungsraum einer autochthonen Sprachminderheit, unabhängig vom Minderheitenanteil. So sind Städte wie Cottbus / Chošebuz, Bautzen / Budyšin, Helsinki / Helsingfors, Koper / Capodistria, Sopron / Ödenburg oder

Cardiff / Caerdydd offiziell zweisprachig, obwohl die Minderheit meist nur mehr zwischen einem und vier Prozent der Gesamtbevölkerung stellt. Diese Gemeinden akzeptieren ihre Verantwortung für das historische Spracherbe.

Auch in Tschechien sollte man sich endlich mit dieser Problematik befassen, und zumindest in jenen Gemeinden, in denen Deutsche vor der Verreibung die Mehrheit ausmachten, zweisprachige Schilder aufstellen.

Als ersten Schritt könnten Gemeinden im Ortskern freiwillig wieder alte deutsche Straßentafeln, neben den tschechischen, anbringen. In manchen Fällen existieren alte deutsche Schilder sogar noch, sind aber überdeckt oder übermalt worden. Die elsässischen Städte Straßburg, Mühlhausen und Colmar haben diesbezüglich Vorbildwirkung. Dort wurden, ohne gesetzliche Grundlage, ganze Stadtteile zweisprachig Französisch / Elsässerdeutsch beschildert. Die Anerkennung alter deutscher topografischer Bezeichnungen ist fraglos ein Schlüsselfaktor für die Versöhnung zwischen Tschechen und ihrer ehemaligen und verbliebenen deutschen Bevölkerung. Wird sich der tschechische Staat dieser Verantwortung stellen?

Der Autor ist Mitteleuropa-Korrespondent der Nachrichtenagentur autochthoneuropäischer Sprachminderheiten „EuroLang“ (www.euroLang.net) und Koordinator des Projektes „Netzwerk zweisprachiger Gemeinden Europas“ der Stadt Biel / Bienne, Schweiz.

„Präsident gesucht“ - So könnte die Überschrift des Inserats für die Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr lauten. Unter Qualifikationen könnte stehen: Mittleren Alters bis alt, überparteilich, aber nicht unpolitisch. Das wichtigste jedoch – er darf nicht Václav Klaus heißen.

Langsam fängt das Präsidenten-Karussell sich an zu drehen. Als erster ist der derzeitige Präsident Václav Klaus aufgesprungen. Der sitzt auf seinem Pferdchen recht fest im Sattel, weiß er doch die stärkste Partei, die bürgerdemokratische ODS, bereits geschlossen hinter sich. Schon vor einigen Wochen hatte Ex-Präsident Václav Havel im Tschechischen Fernsehen davor gewarnt, zu viel Zeit bei der Suche nach einem Gegenkandidaten verstreichen zu lassen: „Als ob man sich nicht mehr daran erinnern könnte, wie es beim letzten Mal ablief, als man fast noch per Inserat nach einem Gegenkandidaten Ausschau gehalten hat. Das ständige Verschieben der Entscheidung ist nicht gut.“

Zeit scheint man sich bei den Parteien dennoch zu lassen. Der einzige Name, der in den letzten Tagen immer wieder gefallen ist, ist Ex-Außenminister Jiri Dienstbier. Der läuft

zwar mit ausgestrecktem Arm, jedoch ohne Partei-Mandat neben dem Karussell her und würde gern aufspringen. Allein es fehlt der politische Steigbügelhalter. Am meisten Zeit haben aber die Kommunisten: Relativ großes Stimmengewicht, aber chancenlos mit einem eigenen Kandidaten. Das wissen sie selbst. Und als typisches Zünglein an der Waage

Präsidenten-Suche

kann man abwarten und Tee trinken, bis man mal von irgend jemandem angesprochen wird.

Vojtech Filip, Vorsitzender der kommunistischen Partei:

„Für uns ist es derzeit wichtiger, über Veränderungen bei der Reform der öffentlichen Finanzen zu verhandeln. Das ist unsere politische Priorität. Deswegen haben wir noch nicht über einen eigenen Präsidentschaftskandidaten oder die Unterstützung eines anderen Kandidaten verhandelt. Und wir sind

auch noch nicht angesprochen worden, in Verhandlungen einzutreten.“

Doch die eine oder andere Meinung ausgetauscht hat man schon, wie der stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokraten, Zdenek Skromach, kürzlich im Tschechischen Rundfunk einräumte: „Die Verhandlungen sind bisher informell. Die einzelnen Parteien, die Václav Klaus nicht unterstützen wollen, tasten erstmal gegenseitig ihre Meinungen ab. Wir werden so verhandeln, daß wir uns auf einen Kandidaten einigen, der eine wirkliche Konkurrenz für Václav Klaus ist und den alle anderen Parteien unterstützen können. Wenn auch die Kommunisten bereit wären diesen Kandidaten zu unterstützen, dann wäre das natürlich gut.“

Verteidigungsministerin Vlasta Parkanova aus dem Stall der Christdemokraten hält eine Entscheidung für verfrüht. Daß die Christdemokraten aber nicht geschlossen hinter Klaus stehen, läßt auch sie durchblicken – und schickt noch einen neuen Namen in Richtung Karussell: „Wenn Václav Klaus einen Gegenkandidaten hätte, wie der derzeitige Außenminister Karel Schwarzenberg, dann hätte Klaus meine Stimme nicht sicher.“

Auslandstschechen beklagen Blockieren der Restitution

In der Tschechei wurde bisher kein einziges Haus an die ursprünglichen Eigentümer zurückgegeben, denen es in den Jahren 1948 bis 1989 aus politischen Gründen konfisziert wurde. Dies stellt in einem Bericht für den UNO-Ausschuß für Menschenrechte (UNHRC) die landsmannschaftliche Organisation Tschechisches Koordinierungsbüro fest, berichtete kürzlich die Tageszeitung „Pravo“.

„In einigen sehr seltenen Fällen, vielleicht in zwei oder drei, wurde das Haus im Immobilienkataster unter dem Namen des ursprünglichen Eigentümers eingetragen, die Person jedoch, die es vom Staat nach der Konfiszierung gekauft hat, bewohnt es nach wie vor, zahlt keine Miete und hindert den ursprünglichen Eigentümer am Zutritt“, konstatiert das Dokument. Die Tagung des Ausschusses, die sich im Zusammenhang mit der Tschechei mit mehreren Problemen beschäftigte, brachte jedoch vorerst keine konkreten Beschlüsse. „Eine Bedingung für die Herausgabe des konfiszierten Eigentums war und ist nach wie vor die gültige CR-Staatsbürgerschaft. Diese gesetzliche Bedingung gilt nach wie vor, und das Justizministerium denkt derzeit auch nicht an eine Änderung“, sagte die

Sprecherin des Justizministeriums, Zuzana Kuncová, mit Hinweis auf das Gesetz Nr. 243 / 1992 Slg.

Die Organisation der Auslandstschechen hat in ihrem Bericht, der auf der Webseite des UNHRC zur Verfügung steht, erwähnt, daß davon hauptsächlich solche Menschen betroffen waren, die aus verschiedensten Gründen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren haben; die meisten von ihnen leben als Flüchtlinge in den USA.

Die Beschwerde behauptet, daß die CR zur Ablehnung der Zuteilung der Staatsbürgerschaft den Vertrag mit den USA über Naturalisierung von 1928 mißbrauche. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß der Sinn dieses Vertrags war, zu verhindern, daß junge Männer in ihrer ursprünglichen Heimat zum Militärdienst eingezogen worden wären.

Die UNO empfiehlt der Tschechei in ihrem aktuellen Bericht über die Lage der Menschenrechte, denjenigen Menschen ihr Eigentum zurückzugeben oder zu ersetzen, die bei ihrer Zwangsfahrt aus der Tschechoslowakei die Staatsbürgerschaft ihres neuen Landes angenommen haben.

US-Raketenabwehr: Kommunen formieren Anti-Radar-Bündnis

Mehr als 60 Bürgermeister aus der Umgebung des Militärgeländes Brdy trafen sich kürzlich, um ihren Widerstand gegen das geplante US-Raketenabwehrsystem zu koordinieren.

Sorge herrscht in den Kommunen rund um den geplanten Standort der Radarstation. Sorge vor fallenden Immobilienpreisen, Sorge davor, daß die Radarstrahlen Handy- und Fernsehempfang stören und die Region praktisch von der Welt abschneiden, aber zuallererst natürlich Sorge um die gesundheitlichen Auswirkungen der Strahlung. Das Treffen der Bürgermeister aus der Region soll nun dazu dienen, den Kommunen eine gemeinsame Stimme zu geben, so Josef Rihak, Chef des Pribramer Rathauses: „Wir wollen unsere Strategie festlegen und unsere Prioritäten abstimmen. Ich bin der Überzeugung, daß wir als Gesamtheit auftreten und verhandeln sollten – hier geht es schließlich nicht um eine oder zwei Gemeinden, sondern um alle Menschen in der Region und um die gesamte Republik.“

Die Meinungen der Kommunen sind dabei keineswegs einheitlich: Einige Bürgermeister signalisieren, daß sie bei einer angemessenen Kompensation für ihre Gemeinden zur Zustim-

mung bereit wären. Die Mehrheit aber lehnt den Bau der Radaranlage ab. Allen gemeinsam ist, daß sie sich schlecht informiert fühlen. Daran ändert auch nichts, daß mit Tomas Klvana ein Regierungsbevollmächtigter für die Radarfrage benannt worden ist, meint Josef Rihak: „Auch Herr Klvana ist kein Experte für die Raketenabwehr – wir sehen ihn eher als Propagator, und genau das ist es, was uns stört. Es gibt in Tschechien eine Menge von Experten; und wir Bürgermeister haben nun allmählich genug davon, daß zu allen Treffen und Sitzungen immer nur Leute wie etwa der Chef der Bezirksregierung kommen, um uns mit ihren unsinnigen Argumenten zu überzeugen.“

Aber nicht nur in den Gemeinden der Region, sondern auch auf außenpolitischem Parkett haben die tschechisch-amerikanischen Radarpläne für Widerspruch gesorgt. Der österreichische Verteidigungsminister Darabos bezeichnete die geplante Radarstation in österreichischen Medien als Provokation gegen Rußland.

Außenminister Karel Schwarzenberg gab sich demonstrativ gelassen: Eine solche Diskussion führe man nicht über die Medien, ließ er ausrichten.



STIMME VON DER MOLDAU

EMANUEL MANDLER

Ursachen der allgemeinen Niederlage

Als Tscheche sehe ich die Vertreibung und deren Ursachen wahrscheinlich etwas anders als die vertriebenen Deutschen. Trotzdem ist es nützlich, die Sichtweise Schultze-Rohnhofs anzuführen:

„...die Regierungschefs Englands, Frankreichs und Italiens setzten ihre Unterschriften nicht allein unter den Vertrag, um eine Kriegsgefahr zu bannen... / sondern / auch deshalb, weil sie nur zu gut wußten, daß die Tschechen sich die Gebiete der Sudetendeutschen 1918 ohne Rechtstitel, mit der Gewalt der Waffen, angeeignet haben. Sie haben zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Tschechen und Slowaken den Deutschen und Ungarn die in Saint Germain versprochenen und in der Verfassung von 1920 festgeschriebenen Minderheitenrechte niemals völlig zugestanden haben. Sie wissen, daß die beiden Titularnationen die Sudetendeutschen als Bürger ihres Staates persönlich, wirtschaftlich und politisch diskriminiert haben...“

Es handelt sich nämlich darum: An dieser Stelle muß nicht belegt werden, daß die Sudetendeutschen diskriminiert waren, beachtenswert ist, daß die Westmächte erst dahinterkamen, als Hitler aus dieser Diskriminierung eine ernste europäische Frage gemacht hat. Das, was Schultze-Rohnhof schreibt, gilt selbstverständlich hauptsächlich für die Sudetendeutschen, die haben es so empfunden. Für die Westmächte war die Diskriminierung der Sudetendeutschen im wesentlichen ein Vorwand dazu, nachgeben zu können und die Gefahr eines Krieges in Europa zu bannen. Aber durch das Münchener Abkommen begab sich Europa auf einen falschen Weg, und statt die Ursachen des Krieges zu beseitigen, kam der Krieg näher und ist unausweichbar geworden. „Das Bündnissystem mit den Staaten Mitteleuropas, auf das Frankreich seine Sicherheit gegründet hatte, ist zerstört worden... Alle diese Länder in Mitteleuropa werden, eines nach dem anderen, ...überwältigt...“ (Churchill nach dem Münchener Abkommen). Wie ich bereits angeführt habe, war die Sichtweise der Sudetendeutschen eine andere als die der Westmächte. Die Sudetendeutschen wollten „zu den Irländern“, und die Westmächte schufen ein Vorbild für das Appeasement, das gerade heute so aktuell ist. Man darf allerdings nicht übersehen, daß der Hauptakteur der Ereignisse Hitler war. Mögen die Sudetendeutschen gern oder ungern über ihr Bündnis mit diesem Diktator sprechen, in jedem Falle hat es sich gerächt. Die Tschechen haben unter riesiger Unterstützung der Sowjetunion und ganz persönlich Stalins nach dem Krieg das Münchener Abkommen ausgenutzt und die Deutschen aus Böhmen vertrieben. Interessant daran ist, daß die Methode, wie das abgelaufen ist, ein umgekehrtes Appeasement war. Die Westmächte, die sich Ende der dreißiger Jahre auf die tschechische Verletzung der Menschenrechte beriefen, hatten nicht genug Kraft, Stalin die Stirn zu bieten und um die Tschechen an einer viel schwerwiegenderen Verletzung von Menschenrechten zu hindern;

ja, sie haben diese Verletzung sogar bestätigt (Potsdam). Für die Sudetendeutschen war ursprünglich Hitler ein Verbündeter, dagegen fanden die Tschechen zu deren Vertreibung einen anderen Diktator, J. W. Stalin. Das Resultat war, daß die Sudetendeutschen vertrieben wurden und die Tschechoslowakei zu einem Vasallenstaat der Sowjetunion wurde. Die Zusammenarbeit mit einem totalitären Regime ist immer eine mehr als problematische Angelegenheit.

Es ergibt sich die Frage, wie sollte man Ende der dreißiger Jahre das Problem des deutschen Ethnikums in der Tschechoslowakei lösen? Ein Zeitungsartikel bringt keine faire Lösung und eine vielseitige Studie auch nicht. Eine Lösung hätte man schon damals finden müssen, und zwar im Rahmen der Westalliierten, aber sicher nicht in Zusammenarbeit mit Hitler. Das Appeasement führte zum Krieg.

Diese Frage ist heute sehr aktuell. In unserem Land verläuft eine erbitterte Debatte darum, ob die Regierung den Amerikanern erlauben sollte, eine Radaranlage auf tschechischem Territorium zu stationieren? In einer Zeit, wo die Gefahr des islamischen Terrorismus steigt, ist die tschechische öffentliche Meinung in ihrer Mehrheit gegen die Radaranlage, obwohl die Amerikaner zuverlässige und starke Verbündete sind. Die Demokratie hat zweifelsohne ihre Schwäche darin, daß die Regierungen gezwungen sind, sich an die Meinung der Öffentlichkeit zu halten, und zwar auch dann, wenn es um eine wichtige Frage der Verteidigung des Staates geht. Die Öffentlichkeit verfügt aber über keine strategische Denkweise und bei den demokratischen Politikern sind es nur wenige, die mit dieser Eigenschaft ausgestattet sind. In diesem demokratischen Umfeld gedeihen eher die Gedanken eines Appeasements, was aber zu tragischen Konsequenzen führen kann. Das Schicksal der Tschechen und der vertriebenen Deutschen sind der Beweis dafür.

Von Emanuel Mandler

Linzer Vorträge zur deutschen Sprache

Donnerstag, 13. September, 19.30 Uhr, im Stifter-Haus, Adalbert-Stifter-Platz 1, in 4020 Linz, Telefon: 0 732 / 11 2 94-11 2 98. – www.stifter-haus.at

Ungelöste Toponomastik Südtirols: Die Ortsnamenfrage im Spannungsfeld von historischer Entwicklung, politischer Entscheidung und gesellschaftlicher Realität.

Referentin: Mag. Cäcilia Wegscheider.

Sie wurde 1978 in Bozen, Italien, geboren. Studium der Germanistik, Theaterwissenschaften und Publizistik in Wien, Abschluß 2006 mit „Die Flur- und Hofnamen der Gemeinde Montan im Südtiroler Unterland“, seit 2006 Beauftragte für das „Flurnamenprojekt Südtirol“ am Landesarchiv in Bozen, Vortragstätigkeit zur Namenforschung in Südtirol.

Von der Prozentregelung, der sogenannten „historischen“ Lösung, bis zu unterschiedlichen Kompromißvorschlägen: Verschiedene Modelle werden, sei es von politischer Seite, als auch von sprachwissenschaftlicher Seite für das im Jahre 2007 immer noch ungelöste „Erbe des Faschismus“ der Südtiroler Ortsnamenproblematik vorgeschlagen. Der stark von Emotionen geprägte Namenkonflikt präsentiert sich heute als ein von der Politik zu lösendes Problem im Spannungsfeld verschiedener politischer Gruppierungen, juristischer Fragestellungen und Sprachgruppen auf der Suche nach ihrer Identität.

Beneš' Versagen

Den Auftakt einer grundsätzlichen Debatte erwartete Zbyněk Petráček, Kommentator der Tageszeitung „Lidove noviny“, mit dem Erscheinen der Beneš-Memoiren: „Man wird eine kritische Bearbeitung der Memoiren von Edvard Beneš herausgeben. Diese CTK-Nachricht wirkt ähnlich wie der berühmte Satz von Jaroslav Hašek „Man hat uns Ferdinand getötet“. Als ob er etwas beginnen würde. Es geht nicht so sehr um eine literarische Tat (wenn auch Churchill für seine Memoiren den Nobelpreis für Literatur, nicht für Frieden, erhalten hat) und nicht um eine fachmännische, es geht eher um eine gesellschaftliche Debatte. Die sollte allerdings nicht nur Beneš selbst betreffen, sondern vor allem die gesamte Dritte Republik (1945 bis 1948).

Wieso wurde dieser Termin nicht mehr gebräuchlich? Wieso unterlag die Dritte Republik dem Druck von innen sowie von außen noch leichter als die ähnlich unselbige Zweite Republik? Wieso gibt es kritische Analysen der Zweiten Republik in den Buchläden, während eine öffentliche Debatte über die Dritte Republik noch nicht begonnen wurde und man sich hinter der Person von Beneš versteckt?

Ein Zyniker würde sagen, daß vor siebzig Jahren alle in derselben Senkgrube der NS-Okkupation endeten – egal, ob sie moralisch versagt haben, wie die Tschechen, oder sich zur Wehr setzten, wie die Polen. Aber vor sechzig Jahren gab es hier unterschiedliche Schicksale – denn auf diesem oder jenem Weg entschlüpfen aus der drohenden Moskauer Totalität die Österreicher, Finnen, Jugoslawen...

War das damalige Versagen Beneš', der Eliten sowie der gesamten Gesellschaft nicht schlimmer als eine Dekade früher unter dem erdrückenden Druck Hitlers? Wo ist der Hauptfehler zu suchen? Und gab es überhaupt nur einen einzigen entscheidenden Fehler? Wir sollten uns diese Fragen beantworten, noch bevor wir beim Jahrestag des 25. Februar 1948 trauern.“

Bodenverkauf an Ausländer wird in Prag zum politischen Zankapfel

Mitte August ist es der Regierungskoalition in Tschechien gelungen, ihr kontroverses Konzept der Haushalts- und Sozialreform mit einer hauchdünnen Mehrheit im Abgeordnetenhaus durchzusetzen. Doppelt aufatmen konnte Premierminister und ODS-Parteichef Mirek Topolánek, der es bei der Durchsetzung der Reform auch mit parteiinternen Kritikern zu tun hatte. Jetzt aber zeichnet sich bereits ein neuer Zwist zwischen Koalition und Opposition ab. Die Sozialdemokraten (CSSD) fordern Steuervergünstigungen für Landwirte, um sie zum Kauf von Grund und Boden zu motivieren.

Es sei erneut die Zeit herangerückt, in der das Sudetenland wieder in die deutschen und österreichischen Hände zurückkehren werde. Das war der Tenor der Diskussionsbeiträge mehrerer sozialdemokratischer Abgeordneter im März dieses Jahres bei der Verhandlung einer Gesetzesnovelle. Sie betrifft den Verkauf landwirtschaftlich nutzbaren Bodens an Ausländer. Mit ihr würde gerade dieser Punkt im Beitrittsvertrag, der 2001 zwischen der EU und Tschechien ausgehandelt wurde, eine substantielle Änderung erfahren.

Das von beiden Seiten unterzeichnete Dokument, der sogenannte Acquis communautaire,

sieht vor, daß die Bürger der übrigen EU-Länder bis zum Jahr 2011 keinen Acker- und Waldboden in Tschechien kaufen können. Diese seinerzeit von den regierenden Sozialdemokraten ausgehandelte Übergangsfrist kann sich aber auf kein entsprechendes Gesetz der tschechischen Rechtsordnung stützen. Darauf ist man aber hierzulande erst nach dem EU-Beitritt Tschechiens gekommen. Mit der nachträglichen Verabschiedung eines gleichlautenden Gesetzes hätte man gegen das europäische Recht verstoßen.

Die Regierungskoalition will nun die entstandene Situation lösen und mit einer Novelle das genannte Devisengesetz ändern, das den Verkauf des Bodens an die Ausländer verbietet. Die Opposition ist dagegen und will die Bodenkäufe durch einheimische Landwirte ankurbeln. Michal Hasek, Fraktionschef der Sozialdemokraten und zuständig für die Landwirtschaft, kündigte eine neue Initiative seiner Partei an: „Die staatliche Liegenschaftsverwaltung (Pozemkový fond) verkauft alljährlich um die 100.000 Hektar Boden und ungefähr eine halbe Million Hektar ist noch frei zum Verkauf. Wir schlagen also vor, daß unsere Landwirte außer der bereits ausgehandelten Übergangsfrist, während der

sie beim Bodenkauf Vorzug vor den Ausländern haben, zusätzlich auch eine Steuervergünstigung erhalten sollen. Das könnte sie motivieren, staatlichen Boden zu kaufen.“

In Tschechien liegen die Grundstückspreise im Schnitt bei zehn Prozent der üblichen Preise in der EU. Trotzdem können sich viele einheimische Landwirte nicht leisten, Boden zu kaufen. Viele kritisieren, daß sich eine ganze Reihe Ausländer mittels tschechischer Strohmänner hierzulande bereits Ackerboden – vor allem in Grenzgebieten – gekauft haben. Und so reagierte prompt Landwirtschaftsminister Petr Gandalovic (ODS) auf die geplante Initiative der Sozialdemokraten:

„Auch wenn ich selbstverständlich sehr gerne jede Unterstützung für unsere Landwirte befürworten möchte, mit diesem konkreten Vorschlag bin ich aber nicht einverstanden. Ich betone, daß unsere Landwirte schon heute absolut vorteilhafte Bedingungen genießen, indem sie den gekauften Ackerboden sehr langfristig in einer Dreißig-Jahres-Frist abzahlen können. Niemand anders außer ihnen bekam bei der Privatisierung des staatlichen Eigentums die Chance, in einem dreißigjährigen Zeitraum ratenweise zu zahlen.“

Ab 2013 direkte Präsidentenwahl?

Die Vorsitzenden der fünf Parlamentsparteien werden demnächst auf einer Konferenz im Senat über die mögliche Einführung der direkten Präsidentenwahl debattieren. Es soll auch darüber gesprochen werden, welche Kompetenzen das Staatsoberhaupt haben sollte, falls der Präsident in Zukunft direkt gewählt werden würde. Zu der Konferenz werden auch ehemalige Leiter der französischen und der slowakischen Präsidentenkanzlei eingeladen. In beiden Ländern wird der Präsident direkt vom Volk gewählt. Eine Direktwahl in Tschechien käme frühestens im Jahr 2013 in Frage. Im nächsten Jahr wird der Präsident auf jeden Fall noch von Vertretern beider Parlamentskammern gewählt werden.

Enthüllung und Einweihung der Gedenkstätte in Gurk

Die Volksdeutschen Landsmannschaften in Kärnten (Sudetendeutsche – Donauschwaben – Siebenbürger Sachsen – Deutsch-Untersteirer – Mießtaler – Gottscheer und die Kanaltaler) enthüllen – wie bereits mehrmals berichtet – am Samstag, dem 15. September, gemeinsam mit der Unione degli Istriani (Triest) eine Gedenkstätte in der Nähe des Gurker Domes. Anschließend wird in der Gedenkstätte der Heimat die Ausstellung „Istrien – gestern und heute“ eröffnet.

Festfolge: 10 Uhr: Feierlicher Gottesdienst im Dom zu Gurk – 11 Uhr: Trachtenumzug – 11.30 Uhr: Einweihung der Gedenkstätte.

Festansprachen: Unione degli Istriani – Volksdeutsche Landsmannschaften – Bürgermeister Siegfried Kampl – Grußworte der Ehrengäste.

12.30 Uhr: Europahymne – 13 Uhr: Ausstellung: Istrien – gestern und heute – im Kulturkreis von Friaul – Julisch-Venetien.

Ehrenschatz: LH Dr. Jörg Haider, LHStv. Dr. Gabriele Scharnig-Kandut, LR Dr. Josef Martinz, Bgm. der Stadt Triest Dr. Roberto Dipiazza, Bgm. der Marktgemeinde Gurk, Siegfried Kampl.

Diese Feier wird von der Bauernkapelle Isopp aus Gurk feierlich umrahmt.

Berichtigung

In der letzten Nummer, auf Seite 9, zweite Spalte unten, im Artikel von Josef Weikert „Ethnische Säuberung am Beispiel des Gottscheer-Landes“ machte der Druckfehler Teufel aus 97 Prozent sieben Prozent. Richtig muß es heißen:

Bei der Not und der Zukunftslosigkeit der Gottscheer traf der nationalsozialistische Umsiedlungsauftrag auf fruchtbaren Boden. Rund 97 Prozent der Gottscheer entschlossen sich zum Verlassen ihrer Heimat (12.147 Pers.). ...

Wir bitten um Entschuldigung!

Diesmal befaßten wir uns mit einer Werbe-seite des Wiener Museums für Angewandte Kunst (MAK) in der „Presse“ vom 6. Juni 2007, in der von Brno die Rede ist, der deut-sche Ortsname Brünn aber verschwiegen wird.

Selbst in Tschechien ist es heute wieder üblich, in deutschsprachigen Texten deutsche Ortsbezeichnungen zu verwenden. Sehen Sie sich beispielsweise die deutschsprachige Netz-seite der Stadt Brünn an, wo ausschließlich „Brünn“ verwendet wird.

Umso erstaunlicher wirkt es, daß Ihre ganz-seitige Werbe-seite „MAK im Juli“ in der „Pres-se“ vom 6. Juli 2007 für die Ausstellung „Orna-ment und Tradition“ im Josef-Hoffmann-Mu-seum in „Brnice“ spricht, aber nicht auch den deutschen Ortsnamen „Pirnitz“ verwendet. Jedenfalls sollten österreichische Museen die multikulturelle Größe und den europäorientier-ten Weitblick aufbringen, in deutschsprachi-gen Texten für deutschsprachige Kunden auch die deutschen Ortsnamen zu erwähnen.

Dr. Wolfgang Caspart, E-Post / E-mail

Der „Presse“ vom 6. 7. 07 entnahm ich Ihren Prospekt – insgesamt sicher interessant!

Besonders z. B. der Umstand, Josef Hoff-mann (deutschsprachiger Österreicher) in dem ihm gewidmeten Museum in Pirnitz (heute Tschechei) vorzustellen, und nur den tschechi-schen Ortsnamen, wo dieses Museum steht, zu erwähnen.

Desgleichen aufgefallen ist auch, daß Sie zwar „Moravska Galerie, Brno“, nicht aber „Mährische Galerie, Brünn“ anführen.

Als Sohn heimatvertriebener Sudetendeut-scher aus Brünn schmerzt mich der Umstand, daß man heute in Österreich wie auch in Deutschland unterwürdigst nur die slawischen Bezeichnungen in den ehemals deutsch / öster-reichischen Gebieten verwendet – in Kärnten / deutschsprachiges Österreich wird aber von der entsprechenden politischen Kaste größter Wert z. B. auf zweisprachige Ortstafeln gelegt.

In einer Zeit des angeblich zusammenwach-senden Europas, in dem doch Wert auf die Pflege traditioneller Sprachen gelegt wird, soll-te es auch im deutschsprachigen Raum selbst-verständlich sein, in Druckwerken, deren Ziel-gruppe Deutsch spricht, auch die deutschen Bezeichnungen zu verwenden.

Ich darf noch darauf aufmerksam machen, daß sogar im Vertreiberstaat Tschechei die deutschen Namen allmählich wieder auftau-chen, auch wenn sie nach den Massenvertrei-bungen 1945 / 46 keinen amtlichen Status ha-ben (Siehe dazu z. B. die Brünn Netzseite <http://www.brno.cz/index.php?lan=de>).

Walter Krejci, E-Post / E-mail

Antwort vom Museum für angewandte Kunst haben wir bisher keine erhalten!

Weiters befaßten wir uns mit der Nach-richt aus der „Sudetendeutschen Zeitung“ Nr. 27 vom 6. Juli 2007, nachdem die zum VW-Konzern gehörige Firma Skoda den berüchtigten tschechischen „Freiheits-kämpfern“ (CSBS), die für zahllose Morde und andere Greuel-taten nach dem Zweiten Weltkrieg verantwortlich waren, ein Auto geschenkt hat.

Angeblich hat Ihre VW-Tochterfirma Skoda in Tschechien dem berüchtigten tschechischen Verband der „Freiheitskämpfer“ – CSBS ein Auto geschenkt.

Wenn diese Information wirklich stimmt, würde sie mich als Sudetendeutschen sehr betrübt stimmen.

Die sogenannten „Freiheitskämpfer“ – CSBS – sind nämlich ein berüchtigter chauvinistischer Verein, dessen Mitglieder sich durch einen aus-geprägten Haß auf alles Deutsche auszeich-nen.

Es waren vor allem diese sogenannten „Freiheitskämpfer“, die bei der kollektiven Vertrei-bung der Sudetendeutschen aus ihrer Heimat

SLÖ-AKTIVGRUPPE WIDER DAS VERGESSEN

A-1030 Wien, Steingasse 25, Fax 01 718 59 23, office@sudeten.at

1945 („ethnische Säuberung“, mit 241.000 to-ten sudetendeutschen Zivilisten) unbeschreibli-che Greuel an wehr- und schuldlosen sudeten-deutschen und ungarischen Zivilisten verübt haben. Diese Straftäter werden in Tschechien durch das berüchtigte menschenrechtswidrige „Amnestiegesetz“ (Straftatenrechtferigungsge-setz Nr. 115 vom 8. Mai 1946) noch immer vor Strafverfolgung geschützt.

Immerhin war der geniale Autopionier Ferdin-nd Porsche (geb. in Maffersdorf, Nordböhm-en) auch Sudetendeutscher, dessen Familie aus ihrer Heimat vertrieben wurde.

Ich mag es einfach nicht glauben, daß der VW-Konzern über seine Tochterfirma Skoda dieser berüchtigten Organisation ein Auto ge-schenkt hat. Gerade in Wolfsburg sind in den ersten Nachkriegsjahren sehr viele Sudeten-deutsche nach ihrer Enteignung und Vertrei-bung mit offenen Armen aufgenommen worden und haben in Ihrem Werk wieder Arbeit und Brot gefunden. Deren Nachkommen, von de-nen wahrscheinlich auch viele bei VW beschäf-tigt sind, werden bestimmt nicht glücklich über dieses Geschenk an diese verbrecherischen Vertreiber sein. Schließlich gibt es in Tsche-chien genügend Organisationen, die sich für eine Verständigung mit den Sudetendeutschen einsetzen – diese wären würdigere Empfänger eines solchen großzügigen Geschenks gewe-sen.

Sehr froh wäre ich, wenn Sie dieses Gerücht dementieren könnten.

Als Vertriebener aus dem Egerland in Deutschböhmen sende ich beste Grüße
Horst Klieber, E-Post / E-mail

Die Antwort des VW-Konzerns:

Über die Abteilung Kundenbetreuung des Volkswagenkonzerns haben wir Ihre Fragen an Herrn Dr. Martin Winterkorn zur weiteren Bear-beitung erhalten. In diesem Zusammenhang bedanken wir uns für Ihre umfangreichen Dar-legungen.

Nach Rücksprache mit unserem tschechi-schen Fahrzeughersteller können wir Ihnen fol-gende Information zu Ihrer Anfrage geben:

Die CSBS ist einer der vielen Antragsteller, die bei Skoda Auto a.s. um Sponsoring bitten.

Nach der Prüfung durch die bearbeitende Fachabteilung wurde von Skoda Auto a.s. weder als Geschenk noch in einer anderen Form des Sponsorings dem Verband CSBS ein Fahrzeug aus ihrer Produktion übergeben.

Für Ihr Interesse an Skoda danken wir Ihnen und verbleiben
mit freundlichen Grüßen

Skoda Auto Deutschland GmbH
i.V. Detlef Nagel, i.V. Claudia Baumheinrich
Leiter Kundenbetreuung

Außerdem befaßten wir uns mit einer tschechischen Broschüre, die auf pseudo-wissenschaftliche Art die Vertreibung der Sudetendeutschen verharmlost und baga-tellisiert, Vorurteile gegen die Sudetendeut-schen schürt, aber trotzdem von der deut-schen Volkswagen-Stiftung mitfinanziert worden ist.

Die Volkswagen-Stiftung hat (laut Impres-sum) die Broschüre „Otisky historie v regio-nálních identitách obyvatel pohraničí, Sebedefi-nice a vzájemné vnímání Čechů a Němců v přímém sousedství“ von Lukáš Novotný und Václav Houžvička mitfinanziert.

Das heißt soviel wie „Abdrucke der Ge-schichte in regionalen Identitäten der Bewoh-ner des Grenzlandes. Selbstdefinition und ge-meinsame Wahrnehmung der Tschechen und Deutschen in direkter Nachbarschaft.“

Der Autor Václav Houžvička rechtfertigt darin

die kollektive Vertreibung der Sudetendeut-schen aus ihrer Heimat 1945 ff. Er verharmlost darin die Vertreibung von mehr als drei Millio-nen Deutschen aus der CSR. So schreibt er von „Abschub“ und „Aussiedlung“ der Sudeten-deutschen, statt richtig von „kollektiver Vertrei-bung“ bzw. „ethnischer Säuberung“ (mit insge-samt 241.000 Toten) zu schreiben.

Es ist traurig genug, daß solcher pseudo-wis-senschaftlicher Schund in der Tschechischen Republik verlegt wird – und zur Vergiftung des Klimas zwischen den Völkern beiträgt. Wenn Ähnliches betreffend andere Völkermorde ge-schrieben würde, könnte es zu einer gerichtli-chen Verurteilung der Autoren kommen.

Daher ist es für mich völlig unverständlich, daß Derartiges von der Volkswagen-Stiftung auch noch gefördert wird.

Bernhard Gübitz, E-Post / E-mail

Antwort von der Volkswagen-Stiftung haben wir bisher keine erhalten!

Und auch mit der Berichterstattung rund um das Fußballspiel FK Austria Magna gegen FK Jablonec am 16. August in Wien beschäftigen wir uns, wobei in praktisch allen großen Medien in Österreich der deut-sche Name der Stadt – Gablonz – nicht ein-mal erwähnt worden ist.

Während meines Kuraufenthaltes habe ich gerne Ihre Zeitung gelesen. In Ihrer Bericht-erstattung rund um das Fußballspiel FK Austria Magna gegen den FK Jablonec ist mir aufge-fallen, daß Sie ausschließlich den tschechi-schen Namen der Stadt (Jablonec) verwen-det haben. Von Bekannten wurde ich auf die-sen Um(Miß-)stand ebenfalls aufmerksam ge-macht.

Dabei ist der deutsche Name GABLONZ auch heute noch in Österreich sehr bekannt, und nicht zuletzt leben viele nach den Zweiten Weltkrieg aus ihrer Heimat vertriebene deut-sche Gablonzer in Österreich. So gibt es etwa in Enns ein ganzes Stadtviertel Neu-Gablonz, wo auch die berühmte Gablonzer Schmuck-industrie nach der Vertreibung weitergepflegt worden ist. Siehe dazu:

[http://de.wikipedia.org/wiki/Enns_\(Stadt\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Enns_(Stadt))

Gablonz in Nordböhmen war ursprünglich eine Köhlersiedlung im Grenzwald zwischen Böhmen und Schlesien, ab dem 16. Jahrhun-dert gab es Glasindustrie, die im 19. Jahrhun-dert weltberühmt geworden ist. Bis zur kollekti-ven Vertreibung aller Deutschen 1945 ff. war Gablonz immer ganz überwiegend von Deut-schen (Sudetendeutschen, Deutschböhmen) bewohnt.

Umgangssprache 1910: 26.343 (= 91,8 Pro-zent) Deutsch, 2358 (= 8,2 Prozent) Tsche-chisch.

Ich möchte Sie herzlich ersuchen, künftig auch den deutschen Stadtnamen GABLONZ zu erwähnen und möglichst auch Einzelheiten über die Geschichte von Gablonz und den Gablonzern einfließen zu lassen.

Treffen der ehemaligen SdJ-Mitglieder

Alle ehemaligen Freunde und Kameraden aus der SdJ Wien, Niederösterreich und dem Burgenland aus früheren Tagen treffen sich ge-meinsam mit den Kameraden der SLÖ-Be-zirksgruppe Wien und Umgebung (wo ja viele ältere Freunde tätig sind) sowie den Angehö-rigen der jüngeren und mittleren Generation – auch wenn diese zum erstenmal dabei sein wol-len – zu einem gemütlichen Beisammensein am Freitag, dem 14. September, ab 19 Uhr, beim Heurigen „Schiefer Giebel“, Wien 19, Neustift am Wald, Rathstraße 30 (ein südmährischer Landsmann).

Selbstverständlich sind wie immer auch alle interessierten Landsleute recht herzlich eingela-den. Dieses Treffen ist bestimmt wieder eine gute Gelegenheit, mit alten und neuen Freun-den zusammenzutreffen und zu plauschen.

Ein gutes Tröpfel sowie das reichhaltige Buf-fet werden das Ihre dazu beitragen.

Schon jetzt freuen wir uns auf Eure Teilnah-me, liebe alte und neue Freunde, wertere Lands-leute. Fragt ganz einfach beim Heurigen nach Klaus Seidler, man wird Euch da gerne helfen. Also bis dann, am 14. September – Du kommst bzw. Sie kommen doch auch?

Wenn in tschechischen Medien von Wien berichtet wird, wird es ganz selbstverständlich Viden genannt, Linz als Linec, Graz als Štýrský Hradec, Salzburg als Saicburk oder Solnohrad, Klagenfurt als Celovec, St. Pölten als Svätý Hypoli, Villach als Bělák, Baden als Bádensko, Bregenz als Břečnice, Hohenau als Cáhno, Laa an der Thaya als Lava, Melk als Medlík, Raabs als Rakousy, Retz als Reteč, Horn als Rohy, Schrems als Skřemelice usw.

Damit ist es wohl in Österreich opportun, die deutschen Ortsnamen in Böhmen zu pflegen und im Gedächtnis zu behalten. Das hat mit Sprachbewußtsein, Kulturbewußtsein, aber auch mit jahrhundertelanger österreichischer Verbindung zu diesen Orten zu tun.

Sollten Sie diese deutschen Namen nicht kennen, sehen Sie bitte auf der Wikipedia-Seite http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_deutscher_Bezeichnung_tschechischer_Orte nach.

Dr. Gerhard Stindl, E-Post / E-mail

Reaktionen von den Medien haben wir bisher keine erhalten!

Nachdem der Verkehrsminister unsere Bitte betreffend zweisprachiger Hinweis-schilder auf österreichischen Autobahnen und Schnellstraßen ausweichend beant-wortet hat – er hat sich darauf ausgededet, daß dafür der Straßenerhalter (also die ASFINAG) zuständig ist –, wollten wir ihn nochmals daran erinnern, daß er der fach-lich zuständige Ressortminister ist und anders als die Spitzenmanager der ASFI-NAG, auch der politisch Verantwortliche.

Sicher bin ich nicht der erste, der sich im Betreff genannter Angelegenheit an Sie wen-det, doch glaube ich immer noch daran, daß der stete Tropfen den Stein höhlt.

Schon vom Ideologischen her nicht gerade Ihr ureigenstes Anliegen, bitte ich Sie trotzdem, ebendiese Ideologie beiseitezulassen und als österreichischer Minister zu entscheiden, dem unsere Verfassung nicht nur gesetzlicher Auf-trag, sondern geradezu Herzensbedürfnis ist – und in ebendieser Verfassung steht im entspre-chenden Verfassungsartikel unsere deutsche Muttersprache als Staatssprache festgeschrie-ben.

Ich fordere Sie daher als steuerzahlender Staatsbürger und autofahrender Kunde der staatseigenen ASFINAG auf, dafür Sorge zu tragen, daß die im Zuge der laufenden Erhal-tungsarbeiten auszuwechselnden Hinweisschil-der zweisprachig beschriftet werden.

Wie Ihnen bekannt, sind diese Hinweisschil-der bisher ausschließlich fremdsprachig gehal-ten, und ich halte es für absurd, daß die deut-schen Bezeichnungen diskriminiert werden. Die Mehrheit der Benutzer unserer Autobahnen sind Menschen deutscher Muttersprache.

Daß mein Ansinnen nicht utopisch ist, erken-ne ich daran, daß z. B. in der Steiermark durch-aus die Umsetzung dieses Wunsches zu beob-achten ist.

Noch einmal darf ich betonen, daß im Sin-ne angebrachter Sparsamkeit die erwünschte Maßnahme im Zuge der laufenden Erneuerun-gen erfolgen soll und verbleibe ich mit bestem Dank
Walter Krejci, E-Post / E-mail

Vom BMVIT haben wir bis Redaktionsschluß leider keine Antwort erhalten.

Südmähr. Kulturpreis für Hans Landsgesell

Der Patenschaftsrat zur Pflege der Pa-tenschaft der Stadt Geislingen a. d. Steige über die Heimatlandschaft Südmähren hat einstimmig den Beschluß gefaßt, Herrn Hans Landsgesell in Wien, geboren in Gra-fendorf, Kreis Znaim, in Würdigung seines unermülichen Wirkens als Bewahrer und Überlieferer der südmährischen Mundart in Wort und Schrift, auf Tonträgern und in Druckwerken, den **Südmährischen Kulturpreis 2007** zu verleihen.

Hans Landsgesell ist seit Jahren Schrift-leiter des Teils „Nachrichten aus Öster-reich“ im „Südmährer“. Er ist vielen Lands-leuten von seinen gelegentlichen Mundartvor-trägen und Beiträgen zum Südmährischen Jahrbuch bekannt. Auch wurde 2003 sein Buch „**Südmährische Geschichten**“ (in Mundart mit hochdeutscher Übersetzung) herausgegeben.

In den vergangenen Jahren wurden ihm viele südmährische Ehrungen zuteil, zu-letzt im Jahre 2006 das Große Ehrenzei-chen in Gold.

NACHWUCHS-GERMANISTENTAGUNG

„Deutsche Regionalliteraturen in Ostmitteleuropa“ vom 30. September bis 4. Oktober in Bad Kissingen.

Die Akademie Mitteleuropa e.V. veranstaltet vom 30. September bis 4. Oktober in der Bildungs- und Begegnungsstätte „Der Heiligenhof“ in Bad Kissingen eine Tagung für Germanistikstudenten und Doktoran-den mit dem Thema „Deutsche Regionalliteraturen in Ostmitteleuropa“. Die Vorträge decken ein breites räumliches Spektrum an literarischen Landschaften ab, u. a.: Siebenbürgen, Ungarn, Böhmen und Mäh-ren, Schlesien und die Bukowina.

Es können Studierende und junge Germanisten aus den baltischen Staaten, Polen, Ungarn, der Slo-wakei, der Tschechischen Republik, Slowenien, Ru-

mänien, der Ukraine und Deutschland an dieser Tagung teilnehmen. Die Kosten betragen 50 Euro inkl. Unterkunft und Verpflegung. Teilnehmenden aus Ostmitteleuropa können Fahrtkostenzuschüsse ge-zahlt werden. Bitte beim Veranstalter die genauen Konditionen erfragen. Das vollständige Tagungspro-gramm können Sie ebenfalls bei uns anfordern.

Anfragen und Anmeldungen: Gustav Binder, Aka-demie Mitteleuropa, Alte Euerdorfer Str. 1, D-97688 Bad Kissingen, Telefon: 0 971 / 71 47-0, Fax: 0 971 / 71 47-47, E-mail: studienleiter@heiligenhof.de. An-meldung bis spätestens 21. September. Anmel-dungen werden in der Reihenfolge des Eingangs berück-sichtigt. Es stehen 32 Plätze zur Verfügung.

Kirchlichem Suchdienst gelang es, Mutter nach 76 Jahren zu finden

Das passiert doch sonst nur in alten Hollywood-Filmen, möchte man meinen. Aber die Mitarbeiter des Kirchlichen Suchdienstes haben dafür gesorgt, daß ein Jahrhundertereignis auch in Hermaringen möglich wurde:

Anna Lindenmayer findet nach 76 Jahren ihre leibliche Mutter und kann sie in die Arme schließen. Eingefädelt hat dieses Wunder Sigr

denmayer, die Schwiegertochter der 76jährigen Anna.

Den Anfang nahm die Geschichte in Zuckmantel im Kreis Freiwaldau. Gertrud Pengel war erst sechzehn Jahre alt und unverheiratet, als sie die kleine Anna im heutigen Tschechien zur Welt brachte. Die Umstände zwangen die junge Mutter, das Kind ins Waisenhaus zu geben, wo

Anna ihre ersten sechs Lebensjahre verbrachte, bevor sie in die Obhut von Pflegeeltern kam. 1945 kam sie über die Flüchtlingslager in Augsburg und Lauingen nach Obermedlingen, heiratete 1953 und zog nach Hermaringen. Zur Familie gehören zwei Töchter, ein Sohn, fünf Enkel und ein Urenkel.

Auch Annas Mutter, die heute 93jährige Gertrud Pengel, wurde vertrieben und lebt heute in einem Seniorenheim im Allgäu, wo sich die ehrenamtliche Betreuerin Ingrid Prätorius liebevoll um die alte Dame kümmert.

Sigrd erinnert sich an die vielen Gespräche über die Oma. Schon ihr Schwiegervater hatte mehrmals versucht, die Mutter seiner Frau ausfindig zu machen. Doch alle Bemühungen scheiterten, es gab keine Hinweise über das Schicksal. Die Familie besaß kein Foto, lediglich die Geburtsurkunde mit dem Namen von Gertrud Vogel und deren Eltern. Schließlich startet Sigrd einen Versuch über den Kirchlichen Suchdienst. Trotz der spärlichen Angaben leitet Katrin Schenk Nachforschungen ein. Erfahrung, aber auch Intuition, führen sie auf die richtige Spur. Eine erste Vermutung wird schließlich zur Gewißheit. Bei der ermittelten Person Gertrud Pengel, geb. Vogel, handelt es sich um die langgesuchte Mutter von Anna Lindenmayer. Am 14. August reist die Familie Lindenmayer dann ins Allgäu. Die erste Begegnung der 93jährigen Mutter Gertrud Pengel mit ihrer 76jährigen Tochter Anna war wie ein Wunder, so Sigrd Lindenmayer.

Auch Katrin Schenk vom Suchdienst, die mit ihrer Kollegin Monika Hierl zur Feier eingeladen wurde, kann dieses Moment nur schwer in Worte fassen. „Es ist zwar unsere tägliche Arbeit, aber niemals alltäglich. Man ist emotionell immer mit den Betroffenen verbunden, und es ist einfach wunderbar, daß ich bei dieser einmaligen Familienzusammenführung mit dabei sein durfte“, strahlte Katrin Schenk.

Sie suchen auch jemanden?

Wenden Sie sich an: Kirchlicher Suchdienst, Geschäftsstelle Lessingstraße 3, D-80336 München, Telefon 0 89 / 544 97 201.

E-mail: ksd@kirchlicher-suchdienst.de

web: www.kirchlicher-suchdienst.de



Von links: Sigrd Lindenmayer, Katrin Schenk vom Kirchlichen Suchdienst Passau (sie hat die Mutter gefunden), Ingrid Prätorius, Anna Lindenmayer und (sitzend) Gertrud Pengel.

Heimattreffen der Pfarre Deutsch Reichenau bei Friedberg

Vom 10. bis 12. August fand das Heimattreffen der Deutsch Reichenauer in ihrer Patengemeinde St. Oswald bei Haslach stand, an welchem rund 600 Landsleute teilnahmen. Landsmann Josef Hofer (Miltenberg), der einen Großteil der Organisation übernommen hatte, durfte schon am Freitag beim Eröffnungsabend in der allmählich gefüllten Stockschützenhalle in der Furtmühle die von weit hergereisten Vertriebenen sowie zahlreiche Ehrengäste willkommen heißen. Kulturreferentin Maria Schulze-Kroiher – eine Verwandte von Adalbert Stifter –, Bürgermeister Paul Mathe aus St. Oswald, Landesobmann Ing. Peter Ludwig und Obmann Fritz Bertlwieser sprachen Begrüßungsworte. Der Höhepunkt des Abends war zweifellos die Diapäsentation des bekannten ORF-Moderators Dr. Franz Gumpenberger. Anhand einer Luftbildaufnahme aus dem Jahr 1945, welche Landsmann Adolf Dolzer aus dem Pentagon bezogen hatte, konnte Gumpenberger über die sechzehn Dörfer und 420 Häuser der Pfarre Deutsch Reichenau, welche in den fünfziger Jahren allesamt zerstört worden waren, sowie über das einst blühende Leben in dieser Böhmerwald-Region berichten.

Am zweiten Tag wurde in der ehemaligen-Filialkirche von Deutsch Reichenau, nämlich in der Kirche St. Thoma bei Wittinghausen, die

Messe gefeiert. Die Kirche war zum Bersten voll. Im Gegensatz zur gesprengten Pfarrkirche Deutsch Reichenau war die Filialkirche Sankt Thoma nur deshalb nicht zerstört worden, weil sie zur Zeit des Eisernen Vorhangs dem tschechischen Militär als Lagerplatz für Heu und als Stall dienen mußte. Landsmann Fritz Bertlwieser konnte rechtzeitig einen kleinen Kirchenführer über St. Thoma erstellen, um den vielen Touristen, die inzwischen diese Region besuchen, Informationen über die Geschichte dieser Kirche und der ganzen Region geben zu können. Weil unter den Besuchern auch immer viele tschechische Rad-Touristen sind, wurde der Kirchenführer auch ins Tschechische übersetzt.

Abends strömten die Leute wieder in die Festhalle, um Erinnerungen auszutauschen und sich bei Gesang und Tanz zu unterhalten. Und auch die Kultur kam nicht zu kurz, als am folgenden Abend die beiden bekannten Literaten Elfriede Pröll und Maria Schulze-Kroiher aus Deutsch Reichenau aus ihren Werken lasen, umrahmt mit musikalischen Beiträgen vom Böhmerwaldduo Franz und Waltraud Bertlwieser.

Am Sonntag wurden die Vertriebenen unter den Klängen der Musikkapelle St. Oswald in die überfüllte Kirche zum Gottesdienst geleitet, den Abt Martin Felhofer aus dem Stift Schlägl zelebrierte. Dr. Fritz Bertlwieser

Ahnen- und Familienforschung in den böhmischen Ländern

Sowohl die Sudetendeutschen in Österreich, als auch die Wiener Tschechen beziehungsweise die jeweiligen Nachkommen sind auf der Suche nach ihren Wurzeln. Da diese eben in einem anderen Land mit anderer Sprache liegen, das noch dazu durch Massenvertreibungen und folgende jahrzehntelange kommunistische Diktatur emotionell belastet ist, scheuen viele Wurzelsuchende davor zurück oder scheitern schon in der Anfangsphase. Dabei ist Ahnen- und Familienforschung in der CR sogar besonders einfach und aussichtsreich. Dieser Arbeitskreis soll allen Interessierten Hilfestellung bieten. Egal, ob Sie sudetendeutsche oder tschechische; böhmische, mährische oder österreichisch-schlesische; katholische, evangelische, jüdische, altkatholische oder konfessionslose Vorfahren erforschen wollen, Sie sind herzlich dazu eingeladen, teilzunehmen. Brin-

gen Sie Ihre bisherigen Forschungsergebnisse, aber auch Ihre Fragen mit. Die Termine:

5. AK: Montag, 15. Oktober, Grundherren & Untertanen.

6. AK: Donnerstag, 29. November, Der Böhmerwald – mit Besichtigung des Wiener Böhmerwaldmuseums.

7. AK: Dienstag, 26. Februar 2008, Die Liechtensteinschen Grundherrschaften – mit Besichtigung des Hausarchivs der regierenden Fürsten Liechtenstein in Wien.

8. AK: Donnerstag, 17. April 2008.

Veranstalter: Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ) und Wiener Genealogenstammtisch (WGST).

Leitung: Günter Ofner, Gentzgasse 59 / 9, A-1180 Wien, Telefon und Fax.: 01 4780170 – guenter.ofner@chello.at

Die Teilnahme ist kostenlos.

Herbstwanderwoche am Heiligenhof

Nachdem im letzten Jahr unsere Herbstwanderwoche so erfolgreich verlaufen ist, möchten wir – das Team vom Heiligenhof, Traudl Kukuk und Helmut Unger – Sie / Euch gemeinsam ganz herzlich zu der diesjährigen

Musisch-kulturellen Herbstwanderwoche

nach Bad Kissingen einladen. Ihr seid / Sie sind als „alte“ SDJ-ler (und nicht nur die) früher regelmäßig in der Adventszeit und auch sonst zu geselligen Zusammenkünften nach Bad Kissingen gekommen. Diese Tradition ist abgebrochen und hinterläßt eine Lücke, die wir durch eine Wanderwoche wieder schließen wollen. Die Wanderwoche findet vom 21. bis 26. Oktober 2007 statt.

In der Wanderwoche werden wir – je nach Stimmung und Wetterlage (Bitte geeignete Wander- und Badesachen mitnehmen): Die Stadt und Kurparkanlagen in Bad Kissingen besichtigen, Wanderungen in die nähere und weitere Umgebung durchführen, die Kiss-Salis-Thermé besuchen, unseren Volksliederschatz pflegen, am Kamin, in der Weinstube in fröhlicher Runde beisammen sein. Eingeplant sind ferner: Konzertbesuch, Film- und Diavorführungen etc.

Die Teilnahme an dieser Woche ist zu einem Sonderpreis von nur € 200,- (Unterkunft im Doppelzimmer, Vollpension), zuzüglich eines Betrages von ca. € 30,- für Programmkosten (Bustransfer zu den Ausgangspunkten der Wanderungen, Eintrittsgelder usw.) möglich. Einzelzimmer sind auf Wunsch und gegen Zuschlag (€ 20,-) erhältlich.

Telefonische oder schriftliche Anmeldungen sind ab sofort unter den Kennwort **Wanderwoche** an den Heiligenhof möglich. Anschrift: Der Heiligenhof, Alte Euerdorfer Straße 1, 97688 Bad Kissingen, Telefon: 0971-714 70; Fax: 0971-714 747, E-mail: info@heiligenhof.de

Johannes von Tepl

DER ACKERMANN AUS BÖHMEN

Das deutschsprachige Kunstwerk des Spätmittelalters als literarisch-musikalisches Streitgespräch

Sonntag, 7. Oktober, 20.00 Uhr, Kirche M. Geburt, 1030 Wien, Rennweg 91

Regie: Dany Sigi

Darsteller: Mischa Fernbach (Ackermann) – Wilhelm Seledec (Tod) – Walter Heginger (Stimme Gottes) – Orgel: Pavel Bachleda

Einweihung einer Gedenktafel



Am neuen „Altvaterturm“ auf dem Wetzstein bei Lehesten wurde kürzlich eine Gedenktafel für die deutschen Zwangsarbeiter in den Kohlengruben von Mährisch Ostrau in den Jahren 1945 und 1946 enthüllt und eingeweiht.

Erwin Richter, aus Saubsdorf, Kreis Freiwaldau stammend, Vorsitzender des SL-Ortsverbandes Bönningheim-Bösigheim, der als 14-jähriger zur Zwangsarbeit herangezogen wurde, sah es als seine Verpflichtung, ein Mahnmal zu setzen und derer zu gedenken, die diesen Weg des Leidens gehen mußten.

Auf sudetenschlesischem Marmor ist die grausame Situation in einer künstlerischen Darstellung festgehalten. Von bewaffneter Miliz bewachte Arbeitskolonne auf dem Wege aus dem Lager Hruschau zum Förderturm „Jama Ida“, im Hintergrund eine Abraumhalde, dahinter die Odersümpfe.

In der Elisabethenkapelle des Turmes hielt

Pfarrer Nentwich aus Bönningheim eine Andacht, die von Liedern aus der Deutschen Messe von Schubert umrahmt wurde.

An der Außenseite des Turmes enthüllte Erwin Richter die Gedenktafel, die die Segnung des Pfarrers erhielt. In Richters Worten kam zum Ausdruck, daß es hier nicht um gegenseitige Aufrechnung geht, sondern um sachliche Aufarbeitung von nachkriegsgeschichtlichen Ereignissen. In einer Zusammenfassung und chronologischen Auflistung der damaligen Geschehnisse berichtete Franz Pelz (aus Saubsdorf Kreis Freiwaldau stammend) als ebenfalls Betroffener, von den Inhaftierungen, Zuständen in den Lagern, den Arbeits- und Lebensverhältnissen und den dort begangenen Vergehen, die den Tod von vielen deutschen Zwangsarbeitern herbeiführten.

Das tschechische Lagersystem nach dem Jahr 1945 war eine gezielte Mißhandlung und Demütigung der Sudetendeutschen und gipfelte im Straftatenrechtferdigungsgesetz Nr. 15 vom 8. Mai 1945. Zur Wiederherstellung des angeblich durch den Krieg zerrütteten Wirtschaftslebens in der Tschechischen Republik wurde eine Arbeitspflicht der Personen eingeführt, die nach dem Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik vom 2. 8. 1945 die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren haben. Die tschechische Wochenzeitschrift „Königsgrazerland“ vom 5. Mai 1945 straft diese Behauptung Lüge. Darin heißt es zur wirtschaftlichen Lage im Protektorat Böhmen und Mähren: „Das tschechische Volk überlebte das Kriegsgeschehen in verhältnismäßiger Ruhe. Wir waren unserer eigenen Arbeit ergeben und im Weltgeschehen ein passiver Faktor. Wir haben verhältnismäßig gut gelebt, entschieden besser als die übrigen Völkernationen in Europa.“

Vertreibungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Menschenwürde müssen weltweit geächtet und verfolgt werden, und so ist der neue Altvaterturm auf dem Wetzstein ein sichtbares Mahnmal zur Aufarbeitung nachkriegsgeschichtlicher Ereignisse.

Helena Unbehaun

Wir haben gelesen



Milan Churah, Potsdam und die Tschechoslowakei – Mythos und Wirklichkeit. Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Lehrer und Erzieher e.V., in Zusammenarbeit mit dem Heimatkreis Mies-Pilsen. ISBN-Nummer 978-3-9810491-7-6. Bezugsquelle: Heimatkreis Mies-Pilsen e.V., Postfach 127, 91542 Dinkelsbühl, Telefon: 0 98 51 / 53 0 03, Fax - / 53 0 04. Preis € 15,-, plus Portokosten.

Einfach war das Vorhaben des Autors nicht, über die Potsdamer Konferenz von 17. Juli bis 2. August 1945 dokumentarische Klarheit zwischen „Mythos und Wirklichkeit“ zu schaffen. Die tschechische Interpretation macht die Konferenz zu einer Art Auftraggeber für die brutale Vertreibung der Sudetendeutschen, erklärt die Vertreter zu lediglich unschuldig ausführenden Organen der Potsdamer Übereinkünfte. Es war wohl eine Meisterleistung der tschechischen Diplomatie, die Unterzeichner des Nachbarschaftsvertrages mit der Bundesrepublik vom 27. 2. 1992 dazu zu bewegen, die tschechische Behauptung abzusegnen, die im Motivenbericht des Außenministeriums lautet:

„Die Entscheidung über den Abschied der Deutschen aus Polen, Ungarn und der CSR trafen die großen Siegermächte im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 im Namen der internationalen Gemeinschaft.“

Somit konnte die Konferenz zum Alibi für die Vertreibung auch der Sudetendeutschen umgedeutet werden. Dagegen stellt der Kongreß der USA im März 1960 die aus dem Absatz XIII des Potsdamer Abkommens abgeleitete Behauptung in Abrede, für die vollständige Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa mitverantwortlich zu sein. Man beruft sich auf Dokumente und Zeugenaussagen, nach denen ein großer Teil der Deutschen schon in der Zeit der Unterzeichnung des Potsdamer Protokolls im August 1945 vertrieben war.

Der Autor kennzeichnet die hauptsächlich geschichtlichen Entwicklungslinien in Böhmen seit etwa 1848 und den beständigen Versuch, die Deutschen aus dem Raum der Wenzelskrone zu entfernen. „Ihre Vertreibung aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg war der Gipfelpunkt einer langen Entwicklung des tschechischen politischen Denkens, dessen Anfang wir schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts suchen müssen.“

Das Schicksal der sudetendeutschen Volksgruppe wird einsichtig zwischen den Schlaglichtern von der Hoffnung auf Entgermanisierung des Landes ab 1918 und dem satanischen Völkermord von 1945 umrissen.

Nach tschechischer Version stünde dieser in ursächlichem Zusammenhang mit deren Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, da sie die Loyalität dem tschechischen Staat gegenüber aufgekündigt hätten. Churah räumt mit den Geschichtsklitterungen auf, welche von einer Vertreibung bzw. Flucht von Tschechen nach dem Münchener Abkommen sprechen. Desgleichen widerlegt er die Behauptung, daß viele Tschechen zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert worden seien, zumal Zehntausende freiwillig als Arbeiter nach Deutschland gingen.

Erschütternd erscheint die Aussage des Autors, daß sich im letzten halben Jahrhundert im Denken des Großteils der tschechischen Gesellschaft nichts geändert habe, daß es immer noch die permanente „Revanchismus“-Drohung im Lande gibt und die kommunistische Vorstellung von Gerechtigkeit noch lebendig ist.

Das Buch hält den politisch korrekten deutschen Zeithistorikern wie den Prager Politikern einen Spiegel vor. Sie und die trotz aller Nachkriegsverbrechen an Sudetendeutschen wohlwollend in die EU aufgenommene Tschechische Republik werden sich an der immer noch wabernden „Sudetendeutschen Frage“ nicht auf ewige Zeiten vorbeimogeln können. Ernst Korn

Vier Künstler im „Haus der Heimat“

INGRID SCHMID



Geboren 1940 in Brünn, mußte Ingrid Schmid im Jahr 1945 mit ihren Eltern nach Wien fliehen und ist hier aufgewachsen.

Die selbständige Handelsvertreterin wurde ihr ganzes Leben lang in den Bann des Zeichnens und der Malerei gezogen. Anfänglich widmete sie sich der Modezeichnung (Fa. Weidhofer), später der Bauern- und der Motivmalerei. Die künstlerische Laufbahn begann Schmid 1960 mit dem Besuch eines Porträtkurses in der Künstlerischen Volkshochschule in Wien.

Seit ihrem Pensionseintritt kann sie sich intensiver der Malerei widmen und besucht seit 2003 regelmäßig Kurse an der Künstlerischen Volkshochschule: Aquarell und Sommerakademie „Die malerischen Praterauen“ bei Professor Günter Povaly. – Aquarelle, Tempera- und Acrylmalerei bei Mo Häusler. – Aquarell- und Aktzeichnen bei Marianne Mühlwisch-Krambichler. – Aquarell- und Aktzeichnen bei Erich Haller.

Schmid's aktuelles künstlerische Schaffen reicht von der Aktzeichnung über die Porträtmalerei bis hin zu Aquarellen von Landschaft und Tieren.

Ausstellungen:
Mai 2007: KREATIVA-Ausstellung in der historischen „Schieberkammer der Wiener Wasserwerke“ in 1150 Wien.

INGEBORG STÖSS

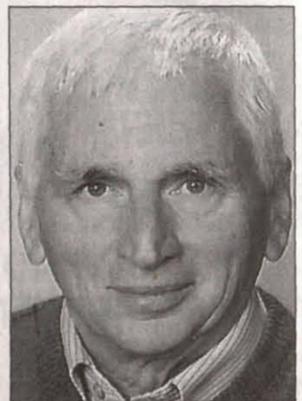


1943 geboren in Südmähren in Pratsch bei Znaim. 1945 aus der Heimat vertrieben, anfänglich in Hollabrunn gewohnt, 1952 zu den Großeltern nach Mödling übersiedelt. Besuch des Gymnasiums und der Handelsschule. Damals schon zeichnete ich während der Unterrichtsstunden heimlich meine Mitschülerinnen ab. 1959 Berufseintritt in Wien. 1965 bis 1969 angestellt in der Bezirkshauptmann-

schaft Mödling, 1968 Heirat nach Brunn am Gebirge, 1969 / 1971 Kinder bekommen; zu Hause geblieben zur Kindererziehung; erstmals in Ton modelliert, um meine kleinen Kinder festzuhalten. Sohn und Tochter studierten in Wien und wurden beide Juristen. 1985 Kauf eines alten Hauses in Mödling und Übersiedlung, bis 1990 kompletter Umbau / Renovierung des Obergeschosses in eigenhändiger Arbeit zu vier. Ab 1990 wieder modelliert, gezeichnet und gemalt.

Kurse: Ao. Hörerin der Akademie der bildenden Künste in Wien mit Praktikum bei Akad. Bildhauer Mag. Sander – Künstlerische VHS Lazarettgasse bei Akad. Maler Mag. Soukop – Steinbearbeitung und Abgußverfahren von Tonplastiken nach lebenden Modellen in Gips und Kunststein – VHS Stöbergasse bei Akad. Bildhauer Prof. Riedl – VHS Mödling bei Prof. Colnago – Schnitzkurs in der Schule Geissler-Moroder im Lechtal / Tirol – VHS Baden Bronzeguß – VHS Liesing Schnitzen / Aquarell / Aktzeichnen.

JOSEF WEINSTOCK



Finsternau 64, 3873 Brand. Geboren wurde ich 1939 in Zurndorf, Burgenland. Die Schule besuchte ich bereits in Wien.

Während meiner Lehrzeit als Stereotypour (ein von der Zeit überholter Beruf des grafischen Gewerbes) habe ich begonnen, Bleistiftzeichnungen anzufertigen. In dieser Zeit hatte ich über Freunde meinen Kontakt mit der Sudetendeutschen Jugend, wo ich auch meine Frau Ingeborg kennenlernte. Von ihr wurde ich 1967 überredet, den amerikanischen Fernkurs „Famous Artist School“ über Gebrauchsgrafik zu machen.

Das hat mein Leben komplett verändert, denn bereits nach Abschluß des Kurses arbeitete ich stundenweise neben meinem Hauptberuf für verschiedene Werbeagenturen. 1970 habe ich mich als Grafikdesigner selbständig gemacht.

Meine Kunden waren Atlas Copco, Schömer, Baumax, Häusler. Durch unser Wochenendhaus im Waldviertel bekam ich Kontakt mit der NÖ. Fremdenverkehrswerbung und konnte an die 100 Ortsprospekte gestalten.

Mit der Malerei begann ich erst, als wir im Jahre 1980 ganz ins Waldviertel übersiedelten. Die Vorlagen dazu (Wälder, Teiche, Felsformationen) sind vor meiner Haustür.

Heute bin ich Pensionist und habe jetzt die Zeit, mich eingehender mit der Malerei zu beschäftigen.

Ausstellungen:
Permanente im eigenem Haus, Raiffeisenbank Oberes Waldviertel.

GERTRUDE MARIA KRUMPHOLZ



Geboren 1948 in Grein a. D., übersiedelte sie mit ihren Eltern bald nach Wien. Bereits in früher Jugend talentierte Zeichnerin, verkümmerte diese Begabung im Berufsleben und wurde von ihr erst nach 2003 – nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben – wieder aufgegriffen.

Gertrude Krumpholz besucht seit dieser Zeit mit Begeisterung Kurse an der Künstlerischen Volkshochschule in Wien. Ihr künstlerisches Schaffen reicht von der Aktzeichnung über das Porträt und Tierbilder bis zur Landschaftsmalerei; bevorzugte Technik ist derzeit die Pastellkreide.

Der interessante Bezug zum Sudetenland ergibt sich aus der Herkunft des Mannes von Frau Krumpholz aus Hof in Mähren. Einer dessen Ahnen – nämlich der seinerzeit berühmte königlich portugiesische Hofmaler Ferdinand Krumholz (1810 bis 1878) – stammte ebenfalls aus dieser Stadt.

Ausstellungen:
Juni 2005: KREATIVA-Ausstellung im Rahmen der Bezirksfestwochen im Amtshaus des 15. Wiener Bezirks.

April 2006: KREATIVA-Ausstellung im historischen Wasserturm des 10. Wiener Gemeindebezirks.

September 2006: Gemeinschaftsausstellung der Malerklasse R. Wagner in der Galerie Rienössl in 1090 Wien.

November 2006: Ausstellung „Kunst und Kakteen“ im Cactus-Center in Groisbach bei Alland.

Mai 2007: KREATIVA-Ausstellung in der historischen „Schieberkammer der Wiener Wasserwerke“ im 15. Bezirk.

September 2007: Gemeinschaftsausstellung der Malerklasse R. Wagner in der Siebensterngalerie 1070 Wien.

Familien-Rätselwanderung am 7. Oktober in Wien

Die österreichische Alpenvereinssektion Reichenberg, die SLÖ-Bezirksgruppe Wien und Umgebung und weitere Heimatgruppen sowie die SdJ Wien, NÖ. und Bgld. laden dazu wieder recht herzlich alle Interessierten ein.

Jedermann – auch Nichtsudetendeutsche –, gleich welchen Alters, können teilnehmen: Kinder, Jugendliche, die mittlere und ältere Generation. Die Route wird uns durch Wien oder nach Niederösterreich führen?? Die Wanderung wird nur mit öffentlichen Verkehrsmitteln und zu Fuß durchgeführt – nicht mit dem Auto!

Drei Personen bilden immer eine Rateeinheit, das heißt, entweder kommen drei Personen gemeinsam oder diese werden am Treffpunkt zu einer Rateeinheit zusammengestellt. Es gibt

Fragen aus allen Wissensgebieten (Geschichte, Natur, Aktuelles, Bergsport) und dazu werden leichte und spaßige Aufgaben gestellt.

Ausrüstung: Wanderkarte Wien und Umgebung, Stadtplan, Sonstiges über Wissensgebiete, kleines Werkzeug (zum Beispiel Schweizermesser), Schreibzeug usw.

Schlußpunkt ist wieder ein gemütliches Beisammensein bei einem Heurigen – dieses wird auch bei einer Absage wegen Schlechtwetters durchgeführt (bitte anfragen). Treffpunkt: Endstation Straßenbahnlinie 38 in Grinzing.

Anmeldungen und Auskünfte bei: Lm. Klaus Seidler, Tel. (01) 484 52 20 – am Veranstaltungstag ist das AV-Handy eingeschaltet: 0664 / 78 51 479.

Bowling-Turnier am 13. Oktober in Wien

Achtung! Neuer Termin und neue Beginnzeit – bitte beachten!

Alle Bowling- und Kegelfreunde sind zu diesem Turnier am Samstag, 13. Oktober, in die Sporthalle Engelmann, Wien 17, Syringgasse 6 bis 8 (Eingang Beheimgasse), eingeladen. Die Sporthalle befindet sich nächst der Jörgerstraße / Jörgerbad. Wir beginnen um **13.00 Uhr** (Treffpunkt ist um 12.40 Uhr). Dauer zirka zwei bis drei Stunden, inklusive der Siegerehrung.

Jedermann kann teilnehmen. Mit eigenen Schuhen darf nicht gespielt werden – Schuhe müssen gegen geringes Entgelt in der Sporthalle entliehen werden. Zur Abdeckung der Bahnmiere wird von jedem Teilnehmer ein kleiner Spesenbeitrag eingehoben. Schöne Pokale und kleine Sachpreise warten auf die Teilnehmer.

Die „Sudetepost“ ersucht um Auskunft

Wer kann Auskunft über den Verbleib der folgenden Bezieher geben?

Prok. W. STIEHL, Wien.

Andreas ROSSAK, Wien.

Infos bitte an die „Sudetepost“, Kreuzstraße Nr. 7, A-4040 Linz, Tel. 0 73 2 / 70 05 92.

Sommerlager 2008 in der Steiermark

Vorankündigung! Man kann nie früh genug mit Terminankündigungen beginnen – vor allem, wenn es um die Urlaubs-Terminplanungen geht.

Wie bereits im Bericht über das diesjährige Sommerlager (Folge 15 / 16) angekündigt, findet das Sommerlager 2008 vom 5. bis 12. Juli auf der Frauenalpe bei Murau in der Steiermark statt. Eingebettet in die Berge der Niederen Tauern liegt die Frauenalpe, wo wir schon einmal zu Gast waren. Dort ist die Natur noch in Ordnung.

Wir sind dort Gäste im Jugendsportzentrum, wo uns Vierbettzimmer mit Dusche und WC, viele Sportanlagen, ein großer Aufenthaltsraum, eine Spielwiese, ein Lagerfeuerplatz usw. zur Verfügung stehen werden. Am Programm stehen wieder zahlreiche Aktivitäten, Ausflüge, Besichtigungen und vieles anderes Interessantes mehr. Natürlich kommen auch Basteln, Singen und Volkstanzen nicht zu kurz. Es wird wieder ein besonders attraktives Sommerlager mit viel Erlebnisprogramm werden.

Teilnehmen können Kinder und Jugendliche

heiter & besinnlich



MARTERLN UND GRABINSCHRIFTEN

„Mein Weib, das schloß die Augen zu für ihre und für meine Ruh! Amen.“
(Budweiser Sprachinsel)

„Hier ruhet mein lieber Herr Gemahl, der Schneider war in Tal. Ich setz' dort an seiner Stell' die Arbeit fort mit dem Gesell!“
(Bei Oberplan)

„Hier ruhest Du, die im Leben mir lieb und treu bewährt, nun hat Dein Herz und Deine Hand zu schlagen aufgehört!“
(Küttenplan bei Marienbad)

Aus: „Sudetenland, wie es lachte.“ Verlag Weidlich. Weitererzählt: L. Fink.

Erinnerung, die nie vergeht!

Volkstanzfest in Klosterneuburg

Vorankündigung. – Am Samstag, 12. November, findet dieses Brauchtumsfest in unserer Patenstadt Klosterneuburg – auch als Leopolditanz 2007 – in der Babenbergerhalle statt. Beginn ist um 18.00 Uhr (Einlaß ab 17.15 Uhr) – Ende um 23.00 Uhr.

Preise: Eintrittskarten im Vorverkauf € 12,-, Jugendkarten (von 15 bis 19 Jahre) € 8,-, Karten an der Abendkasse € 15,-. Die Tischplatzreservierung ist – soweit eben die Plätze reichen – kostenlos.

Wir freuen uns schon jetzt auf Ihre bzw. Deine Teilnahme!

SUDETENDEUTSCHE REZEPTE

SACHERTORTE

150 g Butter, 150 g weich gewärmte Schokolade, 100 g Staubzucker verrühren, nach und nach acht Dotter sehr schaumig rühren, acht Schnee mit 50 g Zucker sehr steif schlagen und mit 150 g glattem Mehl abwechselnd unter die Masse vorsichtig unterheben.

Tortenform mit Papier am Boden auslegen, nicht fetten. Backen 30 Minuten bei 170 Grad C Heißluft (Türe dabei fingerdick offenlassen). Die restlichen 30 Minuten auf 160 Grad C zurückschalten und fertigbacken.

Auf ein Sieb die Torte mit der Tortenform stürzen und auskühlen lassen. Am nächsten Tag die Torte aus der Tortenform herausgeben. Torte einmal durchschneiden und mit Marillenmarmelade füllen.

Schokoladeglasur: 1/4 l Obers, 250 g Schokolade aufkochen, über Nacht kaltstellen. Am nächsten Tag erwärmen und über die Torte gießen.

Gutes Gelingen wünscht Ch. G. Spinka

im Alter von zirka sechs bis 15 Jahre aus ganz Österreich (egal ob sudetendeutscher Abstammung oder nicht), soweit eben die Plätze reichen. Es können auch die Freunde Ihrer Kinder und jungen Leute mitmachen! Mitgliedschaft bei der SdJÖ nicht erforderlich.

Teilnehmen werden auch wieder sudetendeutsche Kinder aus Böhmen / Mähren / Schlesien, karpatendeutsche Kinder aus der Zips / Slowakei und unsere siebenbürgisch-sächsischen Freunde aus Kronstadt in Rumänien.

Der Lagerbeitrag beträgt 196 Euro, die Fahrtkosten mit der Bahn ab Wien und zurück, die Busfahrt zur und von der Frauenalpe, die Ausflüge usw. sind inkludiert.

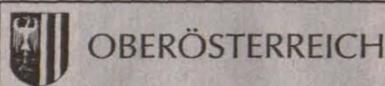
Wie immer gilt die Devise: Wer zuerst kommt, hat seinen Sommerlagerplatz sicher! Anmeldungen mit genauen Geburtsdaten und telefonischer Erreichbarkeit richten Sie bitte umgehend an die Sudetendeutschen Jugend Österreichs, Steingasse 25, 1030 Wien, Telefon und Fax: (01) 718 59 13.

Nach der Anmeldung senden wir die Anmeldebekräftigung sowie einen Zahlschein für die Anzahlung von 100 Euro zu – erst nach Erhalt der Vorauszahlung ist der Sommerlagerplatz gesichert. Wir ersuchen um Verständnis für diese Maßnahme.



Arbeitskreis Südmähren

Viele Freunde hatten sich zum ersten Heimabend nach den Ferien eingefunden, wo es viel zu erzählen gab. Jetzt gilt es zahlreiche schöne vor uns liegende Veranstaltungen vorzubereiten: Sonntag, 16. September: Im Rahmen des Sudetendeutschen Heimmattages in Wien und Klosterneuburg findet der große Trachtenfestzug in Klosterneuburg statt, wo wir mit den Fahnen und den Trachten teilnehmen werden. – Kommt am Sonntag, 23. September, zum Winzerzug nach Retz, wo wir mit dem „Südmährer-Festwagen“ teilnehmen. – Am Dienstag, 2. Oktober: Heimabend ab 19.30 Uhr im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25 / Hoftrakt / 2. OG. – Sonntag, 7. Oktober: Familienrätselwanderung in und um Wien – Treffpunkt Endstation Linie 38, Grinzing, 9 Uhr. – Am Samstag, dem 13. Oktober: Bowling-Turnier, gemeinsam mit der SdJ, beim Engelmänn in Wien 17, Beginn 13 Uhr.



Verband der Südmährer in Oberösterreich

Geburtstage: Die Verbandsleitung wünscht auf diesem Wege allen in Monat September geborenen Jubilaren alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. Sie gratuliert insbesondere aber zum: 91. am 6. 9. Edith Ransmayr aus Znaim; 88. am 13. 9. Rosina Schulz aus Oberwisternitz; 80. am 20. 9. Doris Graf aus Troppau; 80. am 20. 9. Mathäus Neubauer aus Oberschlagles; 78. am 21. 9. Othmar Schaner aus Wostitz; 76. am 18. 9. Theresia Palmer aus Zaub; 70. am 13. 9. Maria Hitsch aus Großtajax.

Enns-Neugablonz – Steyr

Folgende unserer Mitglieder feiern im Monat September ihren Geburtstag: Helga Pessl am 10. 9. (85er), Ulrike Frohn am 17. 9. (60er), Christine Witteck am 17. 9.; Fritz Waniek am 23. 9. Wir wünschen allen viel Glück, gute Gesundheit und viel Erfolg. – Unser nächstes Treffen ist am 13. September im Café Hofer. Und zwei Tage darauf findet der Herbstausflug unseres Sparvereines statt, wo uns ein abwechslungsreiches Programm erwartet. Das Reiseziel ist wie immer streng geheim. Abfahrt ist um 7.30 Uhr bei der Agip-Tankstelle Enns.

Ch. N.

Verband der Böhmerwälder in Oberösterreich

Die Verbandsleitung der Böhmerwälder in OÖ. gratuliert zu den Geburtstagen im Monat September: Anni Ecker, 87 Jahre am 11. 9. Kons. Franz Pawel, 87 Jahre am 28. 9. Leo Noddes, 85 Jahre am 6. 9. Theresia Wittner, 85 Jahre am 24. 9. Amtsdir. Franz Zahorka, 84 Jahre am 4. 9. Maria Jaksch, 84 Jahre am 22. 9. Theresia Rotbart, 83 Jahre am 22. 9. Theresia Holzhacker, 82 Jahre am 10. 9. Georg Porak, 81 Jahre am 26. 9. Franz Zahradnik, 78 Jahre am 13. 9. Ing. Ernst Koller, 78 Jahre am 17. 9. Kons. Franz Böhm, 77 Jahre am 15. 9. Edith

Swoboda, 77 Jahre am 16. 9. Theresia Zahradnik, 76 Jahre am 15. 9. Prof. Dr. Alois Kosak, 76 Jahre am 26. 9. Margarete Tröbinger, 75 Jahre am 30. 9. Angela Kapellner, 73 Jahre am 28. 9. Gisela Fleißner, 73 Jahre am 28. 9. Adolf Rametsteiner, 72 Jahre am 8. 9. Franz Jackel, 72 Jahre am 27. 9. Maria Kröhnert, 65 Jahre am 10. 9. Johann Hager, 65 Jahre am 29. 9. Horst Webinger, 65 Jahre am 29. 9.

Bezirksgruppe Rohrbach – Haslach



Geburtstage: Am 10. 7. Franz Höpfe Jun., 48 Jahre; am 18. 7. Marianne Höpfe, 79 Jahre; am 3. 8. Franziska Lackinger, 90 Jahre; am 19. 8. Hildegard Plechinger, 78 Jahre; am 30. 8. Karl Kitzmüller, 76 Jahre; am 5. 9. Ernst Kastner, 77 Jahre, am 23. 9. Kurt Jauernig, 71 Jahre; am 8. 10. Franz Leitenbauer, 82 Jahre; am 10. 10. Maria Pachner, 51 Jahre und am 15. 10. Walter Wagner, 75 Jahre. – Etliche Mitglieder unserer Bezirksgruppe waren als Deutsch Reichenauer beim Reichenauer Treffen anwesend. Zwei Mitglieder unserer Bezirksgruppe, nämlich Alosia Keplinger und Karl Kitzmüller, waren bereit, sich als Interviewpartner für die vom Landesverband initiierten Video-Dokumentationen zur Verfügung zu stellen (siehe Bild oben). – 27. Heimmattreffen der Deutsch Reichenauer 10. bis 12. August in St. Oswald bei Haslach. – Obwohl es der Wettergott diesmal nicht so gut mit uns meinte und uns besonders am Samstag und Sonntag teils heftige Regenschauer bescherte, war das 27. Heimmattreffen ein Erfolg. Daß so viele Jugendliche mit dabei waren, lag wohl auch daran, daß viele ihre betagten Eltern oder Großeltern zum Treffen gebracht hatten. Zur Eröffnung am Freitagabend in der Furtmühle konnte deshalb Vorsitzender Josef Hofer, außer P. Kasimir Marchaj den Bürgermeister der Patengemeinde St. Oswald, Paul Mathe, die Bürgermeister der Nachbargemeinden, auch zahlreiche Ehrengäste aus Politik, Wissenschaft, sowie Hermann Haselgruber von der örtlichen Presse, SLOO-Obmann Ing. Peter Ludwig, den Geschäftsführer der „Sudetepost“, begrüßen. Neben dem Gedenken an die Toten, gesprochen von Kulturreferentin Maria Schulze-Kroiher, standen Ehrungen für herausragende Leistungen zur Bewahrung des heimatlichen Erbes auf dem Programm. Geehrt wurden Dr. Fritz Bertlwieser, Franz Bertlwieser, Franz Mayer, und Maria Müller. Höhepunkt des Abends war der Lichtbildvortrag von Dr. Franz Gumpenberger: „Unsere Heimat einst und jetzt“ anhand einer Luftaufnahme, welche die US Army im Mai 1945 von unserer Heimatgemeinde, die nach unserer Vertreibung völlig vom Erdboden verschwunden ist, gemacht hatte. Diese Landkarte ist für uns ein ganz wichtiges historisches Dokument, mit dem wir für alle Zeiten den Nachweis erbringen können, daß es diese Dörfer einst gab. Aufgelockert wurde sein Vortrag vom Bläser-Duo Siegi Bauer und Richard Brunner. – Der Samstag gehörte dem Besuch in der alten Heimat. Um 14 Uhr war eine heilige Messe in Sankt Thoma anberaumt. Zelebrent war unser treuer Freund Pfarrer Josef Antesperger aus Stroheim, Organist war Franz Zauner, der Organist aus St. Oswald, der ganz selbstverständlich für den kürzlich verstorbenen Mag. Vladimir Klement einsprang. Abt Alberyk Siwek aus dem Zisterzienser-Kloster Hohenfurth kam trotz seiner Altersbeschwerden. Und auch die Schwestern aus Gojau mit ihrer Oberin Sr. M. Tabitha erfreuten uns mit ihrer Anwesenheit. Dr. Klaus Zerbs, der Koordinator der Spendenaktion „Rettet die Kirche von St. Thoma im Böhmerwald“, hielt eine sehr ergreifende Festrede. Die vorgesehene Andacht auf dem Kirchhügel und dem geschändeten Friedhof in Deutsch Reichenau mußte wegen Regens ausfallen. So traf man sich erst wieder am Abend in der Furtmühle. Den Abend moderierte Vorsitzender Gotthard Kaiser. „Tanz und Unterhaltung mit den Brunner-Buam“ stand auf dem Programm, und die Besucher konnten sich dabei unterhalten. – Weil es auch am Sonntag regnete, mußten das Platzkonzert der Musikkapelle St. Oswald unter Leitung von Walter Andraschko, sowie der Festzug zum Gedenkstein ausfallen. Aber die herrlich renovierte Kirche bot Platz für uns alle. Es freute uns, daß Abt Mag. Martin Felhofer aus dem Prämonstratenserstift Schlägl erneut den Festgottesdienst für uns zelebrierte. In seiner zu Herzen gehenden Predigt, ermahnte er die ehemaligen Deutsch Reichenauer, nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame, das Verbindende zu suchen. Am Nachmittag fand das von Maria Müller organisierte Treffen der Bernecker in Schwackerreith statt. Dort feierte man auch noch ihren 85. Geburtstag nach. Den offiziellen Abschluß unseres Treffens bildete der Abend im wunderschönen Pfarrsaal von St. Oswald, liebevoll betreut von dem Mesner Toni Bauer. Trotzdem schon viele Besucher, die am

Montag wieder arbeiten mußten, nach Hause gefahren waren, war der große Pfarrsaal überfüllt. Zuerst schilderte uns Elfriede Pröll ihre Situation als Lehramtsanwärterin während des Dritten Reiches. Dann beschäftigte sie sich mit Adalbert Stifter. Sie wurde vor kurzem durch LH Dr. Josef Pühringer geehrt. Danach begann Maria Schulze-Kroiher ihre Lesung. Weil Dialekt Kulturgut ist, das es zu wahren gelte, wählte sie diesmal hauptsächlich Texte im Böhmerwald-Dialekt, so wie die Eltern und Großeltern ihn noch gesprochen haben. In ihren hintergründigen Gedichten wie „Da-hoam“, „April“, „Da Augnblick“, konnte man das Wesen der wortkargen, tiefgläubigen Böhmerwälder heraushören. Lustiger wurde es bei der Geschichte von einem Schulausflug der Reichenauer Schüler mit ihrem geliebten Lehrer Schaffranek nach St. Thoma, der so völlig anders verlief, als man erwartet hatte. Daß er allen Schülern trotzdem gut gefallen hat, konnten drei ehemalige Schüler aus dem Publikum bestätigen. Mit dem Gedicht „Gedanken eines Nachgeborenen“ endete die Lesung. Aufgelockert wurden die Texte mit vielen alten Liedern vom Böhmerwald-Duo Franz und Waltraud Bertlwieser. Zum Abschluß erzählte Toni Bauer von seinen Erlebnissen auf dem Jakobs-Pilgerweg. Bis zuletzt hatten alle ausgehalten. Bleibt noch „Vergelt's Gott“ zu sagen den Bürgern unserer Patengemeinde St. Oswald und allen den freundlichen Helfern, der Verwaltung der Marktgemeinde Haslach, besonders Frau Kneidinger, für ihre Werbeaktionen! Allen, die dabei waren, bleibt die Erinnerung an unvergeßlich schöne Tage. – Beachten Sie dazu auch den Bericht auf Seite 8.

Dr. F. Bertlwieser / Maria Schulze-Kroiher

Freistadt

EINLADUNG ZUM HERBSTAUSFLUG

Der heurige Ausflug führt uns in das niederösterreichische Mostviertel. Eine liebliche Landschaft, kulturelle Sehenswürdigkeiten, interessante Betriebe und gastfreundliche Menschen erwarten uns.

Unsere Reiseleiterin, Frau Elfi Sigl, hat ein sehr ansprechendes Programm erstellt und alles bestens vorbereitet. Unter dem Motto „Bienen – Blüten – Honig – Obst – Saft – Most“ soll es die Teilnehmer ein erkenntnisreicher und auch gemütlicher Tag werden.

Angehörige und Gäste sind sehr willkommen. Es gilt die Reihenfolge der Anmeldung!

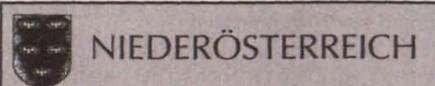
Reisetag: Mittwoch, 19. September.
Abfahrt: 8.00 Uhr, Freistadt, Stifterplatz, Bus Optimal-Reisen; Zustiegen entlang der Strecke Freistadt – Pregarten – Mauthausen ist möglich. Bitte dies Frau Helga Kriegl (Tel. 07942 / 73235) mitzuteilen.

Rückkehr: Ca. 20.00 Uhr.
Kosten pro Person: Euro 30,- für Busfahrt, Eintritt und Führungen.

Anmeldung: Durch Einzahlung mit Zahlschein ehestmöglich.

Programm: Imkere Geiblinger & Marchner in Sankt Valentin – Stift Adtagger – Mostviertler Bauernmuseum Gigerreith – „Mostbaron“ Hansbauer in Krottendorf.

Reiseleitung: Elfi Sigl.



Sankt Pölten

Das Ferientreffen 2007 der SLO St. Pölten fand am 17. August ab 14 Uhr beim Heurigen Günther Haftner in Meidling im Tal (Nähe Göttweig) statt. Wir waren Gast bei Landsleuten: Die Seniorchefin, Frau Hildegard Haftner, 83 Jahre alt, ist Schlesierin, stammend aus Freiwaldau. Gekommen waren 25 Landsleute, u. a. Pfarrer Mag. Franz Kraus aus St. Leonhard / F., welcher wegen des Ferientreffens ein Begräbnis vom Nachmittag auf den Vormittag verlegt hatte. Nach der Begrüßung durch den Obmann hieß auch Frau Haftner alle Landsleute willkommen und zeigte sich erfreut, daß so viele gekommen waren. Entschuldigt waren Frau Seifert, Frau Sollböck, Frau Dr. Urbanski (derzeit noch im Krankenhaus St. Pölten), Frau Weiz, Herr Griehsler und Familie Pichler. In seinen Begrüßungsworten wies der Obmann auf ein kleines Wunder hin: Herr Walter Brisko aus Groß-Rust (Heimat Adlergebirge), welcher seit seiner Pensionierung – wie regional bekannt – kaum das Haus verläßt, hatte sich zum Ferientreffen aufgerafft. – Gegen Ende hin gab es noch einen Grund, ein besonderes Gläschen Wein zu trinken: Herr Karl Holzer aus Böheimkirchen feiert am 4. September seinen 70. Geburtstag – Danke, lieber Karl, für die Einladung und nochmals alles Gute! Erwähnt sei noch, daß auch der Sohn Günther Haftner einen Heurigen betreibt (in 3124 Hausheim). – Nächste Termine: 19. Oktober, 4. November. – Landsleute, wenn Ihr einen der Heurigen der Familie Haftner besucht, gebt Euch als Mitglied der SLO zu erkennen. – Nächstes Heimmattreffen in St. Pölten am Freitag, dem 21. September, ab 14 Uhr, im Gasthof Graf, Bahnhofplatz. Je zahlreicher Ihr kommt, umso stärker erleben wir heimatliche Verbundenheit!

Franz Schaden

DEUTSCHLAND

SUDETENDEUTSCHES HAUS MÜNSTER

Veranstaltungen in Münster 2007: 16. 9., Rathausfestsaal, 10.30 Uhr: „Tag der Heimat“ – 16. 9., Ostdeutsche Heimattube, 15 Uhr: Vortragsveranstaltung Friederike Hübner „Neues aus Hufing und Altes aus Tante Maritschels Knopflochsachtel“ – 17. 9., 19.15 Uhr: Lambertusspiel an der Lambertikirche; 19.15 Uhr: Glockenspiel vom Stadthausurm – 23. 9., Ostdeutsche Heimattube, 15 Uhr: „Gedächtniskonzert für Paula Gräfin Resseguier“ – 29. 9., Sankt-Joseph-Kirche, 18 Uhr: „Eucharistiefest“ – 30. 9., Mühlenhof Freilichtmuseum: „Flurumgang und Erntedankmesse in Niederdeutsch“ – 30. 9.: Ostdeutsche Heimattube, 15 Uhr: „Gemeinschafts-Diavortrag – Mein Blumengarten als Paradies“ – 7. 10., Ostdeutsche Heimattube, 15 Uhr: Ein besonderer Vortrag: „Die unentdeckten Vorfahren Karls des Großen – als Kind Europas“ – 14. 10., Ostdeutsche Heimattube, 15 Uhr: Vortrag über „Berühmte Persönlichkeiten – Hans Holbein der Ältere“ – 21. 10., Ostdeutsche Heimattube, 15 Uhr: Herbstkonzert „Herbstimpressionen“ – 24. 10., St.-Lamperti-Kirche, 18 Uhr: „Ökumenische Friedensvesper“ – 25. 10., Innenhof Rathaus Münster, 16.48 Uhr: „Historienspiel – Verkündigung des Westfälischen Friedens von 1648 und Aussendung der Friedensreiter“ – 27. 1., Hoher Dom St. Paulus, 19.30 Uhr: „Messe in C-Dur“ von Beethoven und „Tedeum“ von Bruckner – 28. 10., Ostdeutsche Heimattube, 15 Uhr: Vortrag „Berühmte Persönlichkeiten – Joseph von Eichendorff“ – 4. 11., Ostdeutsche Heimattube, 15 Uhr: „Der besondere Vortrag – Über das Leben der Honigbienen“ – 11. 11., Ostdeutsche Heimattube, 15 Uhr: Vortrag „Berühmte Persönlichkeiten – Edvard Grieg“ – 18. 11.: **Landesversammlung der Sudetendeutschen von NRW in Bochum** – 25. 11., Ostdeutsche Heimattube, 15 Uhr: Dia-Vortrag: „150 Jahre Porzellanmalerei in Münster“ – 1. 12., Ostdeutsche Heimattube, von 10 bis 18 Uhr: „Großer Weihnachtsmarkt – Böhmisches Klöppelkunst“ – 2. 12., Ostdeutsche Heimattube, 15 Uhr: Weihnachtskonzert „Lieder und Arien aus Oper und Operette“ – 4. 12., 18 Uhr, Hoher Dom St. Paulus: Deutsch-englisches Weihnachtssingen – 9. 12., Ostdeutsche Heimattube, 15 Uhr: Konzert „Es ist für uns eine Zeit angekommen“ – 14. 12., Rathausfestsaal, 18 Uhr: „Feierstunde zum 150. Todestag von Freiherr Joseph von Eichendorff“ – 16. 12., Ostdeutsche Heimattube, 15 Uhr: Weihnachtliches Konzert – Klaviermusik“ – 26. 12., Katharienen-Kloster, 10 Uhr: Messe für Vertriebene und Aussiedler.

Informationen: Karin Führich, Am Krug 17, 48151 Münster, Tel.: 0 25 1 / 73 8 55.

Bönnigheim

Am neuen „Altvaterturm“ auf dem Wetzstein bei Lehesten wurde eine Gedenktafel für die deutschen Zwangsarbeiter in den Kohlengruben von Mährisch Ostrau in den Jahren 1945 und 1946 enthüllt und eingeweiht. – Ein denkwürdiger Tag, die Enthüllung und die Einweihung einer Gedenktafel an der Außenfassade des neuen Altvaterturmes. Sie erinnert an die Zwangsarbeit deutscher Jugendlicher, Frauen und Männer in den Jahren 1945 und 1946. Dieser völkerrechtswidrigen und menschenverachtenden Maßnahme und des Leidens der seinerzeit Betroffenen aufgrund der unmenschlichen Benes-Dekrete wird durch die Gedenktafel mahndend gedacht. Erwin Richter, der Vorsitzende des SL-Ortsverbandes Bönnigheim-Besigheim, der als 14-jähriger selbst zur Zwangsarbeit herangezogen wurde, sah es im Namen vieler damals Betroffener als seine Verpflichtung an, dieser völkerrechtswidrigen Maßnahme durch ein Mahnmal ein Zeichen zu setzen und derer zu gedenken, die diesen Weg des Leidens gehen mußten. Auf sudetendeutschem Marmor, versehen mit einer künstlerischen Darstellung der Zwangsarbeitersituation von Herrn Opitz aus Bönnigheim und einem entsprechenden Gedenktext, wird an die Verfehlungen und verbrecherischen Geschehnisse an deutschen Menschen in der Nachkriegszeit erinnert. – Eine kleine Gruppe noch lebender Zeitzeugen und seinerzeit ohne Begründung Inhaftierter und zu Staatsklaven degradiierter Personen nahm an der Gedenkstunde teil. In einer Zusammenfassung und chronologischen Auflistung der damaligen Geschehnisse berichtete Dr. Franz Pelz von den Inhaftierungen, Zuständen in den Lagern, den Arbeits- und Lebensverhältnissen und den Vergehen, die den Tod von vielen deutschen Zwangsarbeitern herbeiführten. Mit tiefer Betroffenheit und oftmals mit Tränen in den Augen hörten die über 50 Teilnehmer die traurigen Details der Jahre 1945 und 1946, die sich in den sudetendeutschen Gebieten unter dem Kommando demoralisierter chauvinistischer Haßtrupps zutrug. – In den Worten von Erwin Richter kam deutlich zum Ausdruck, daß es hier nicht um gegenseitiges Aufrechnen geht, sondern um sachliche Aufarbeitung von geschichtlichen Fehlentwicklungen, die durch verbrecherische Dekrete inszeniert und gestützt wurden und von denen sich ein zivilisiertes Volk beim Aufbau eines gemeinsamen Hauses Europa endlich distanzieren sollte. Vertreibungen sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Menschenwürde, müssen weltweit geächtet und verfolgt werden, und so ist der neue Altvaterturm auf dem Wetzstein ein sichtbares Mahnmal zur Aufarbeitung nachkriegsgeschichtlicher Ereignisse. – Vielfach wurde der Wunsch und die Bitte geäußert, daß sich unsere östlichen Nachbarn endlich zum gemeinsamen Bekenntnis eines friedlichen, freundschaftlichen Zusammenlebens im gemeinsamen Haus Europa bereitfinden möchten. – In der Elisabethenkapelle konnte in einer von Pfarrer Nentwich gehaltenen Andacht anhand von Texten aus dem Alten und Neuen Testament, Liedern aus der „Schubert-Messe“ und Gebeten, die sich intensiv auf das friedli-

che Zusammenleben der Gruppen und Völker bezogen, die Segnung der Gedenktafel, die sich dann im Freien vollzog, vorbereitet werden. Ein sichtbares Zeichen des Gedenkens, der Erinnerung an die unseligen Geschehnisse und die Mahnung an künftige Generationen, nie wieder solche verhängnisvolle Wege zu beschreiten, soll diese Tafel für die nachwachsenden Generationen sein. – Nach dem Mittagessen in der Turmwirtschaft und einem Vortrag von Herrn Rimpl über die Entstehungsgeschichte des neuen Altvaterturmes bestand die Möglichkeit der Besteigung des Turmes. Dabei konnten die verschiedenen Räumlichkeiten mit den Ausstellungen, vor allem der Region rund um den Altvaterturm in der alten Heimat und den Gegebenheiten in der neuen Heimat, besichtigt und gewürdigt werden. Die Aussicht von der Plattform, weit ins Thüringer Land und darüber hinaus, wurde genossen. Das herrliche Wetter ließ dies in ausreichendem Maße zu, und es wurden viele stumme Grüße in die alte, verlorene Heimat geschickt. – Mit einem gemütlichen Beisammensein und Liedersingen klang der Nachmittag am neuen Altvaterturm aus und es mußte die Rückreise angetreten werden. – Ein ereignisreicher Tag für fünfzig Heimatfreunde, der viele Anknüpfungsmöglichkeiten für Gespräche mit den Nachgeborenen, den Kindern und Enkel, bieten wird.

Edgar Schöbel

Königsberg an der Eger

Am Samstag, dem 11. August, kamen wieder einmal Heimatvertriebene aus Königsberg an der Eger und Umgebung in das Moosburger Haus der Heimat zu einem Monatstreffen. Dabei wurden u. a. auch Neuigkeiten im persönlichen Bereich, wie aus der hiesigen Patenstadt und aus der geraubten Heimat mitgeteilt. Schriftlich geschah dies bis zum Vorjahr über die „Königsberger Nachrichten“ und nunmehr in der „Egerer Zeitung“ und im „Falkenauer Heimatbrief“. Den „Königsberger Nachrichten“ (KN) in Format und Aufmachung nachempfunden, entstand nach der sogenannten „Wende“ im heutigen Königsberg an der Eger / Kynsperk nad Ohri der „Königsberger Beobachter“ = Kynsperky zpravodaj, herausgegeben von der dortigen Stadtverwaltung. Eine junge tschechische Redakteurin und ein dortiger Architekt haben dem tschechischen Pendant heimatkundliches Niveau gegeben und bemühten sich um ehrliche Kontakte zu den ehemaligen aus ihrer Heimat vertriebenen deutschen Bürgern von Königsberg und Umgebung. Sie führen deswegen zum Besuch des Heimatbundes und seiner Patenstadt auch nach Moosburg an der Isar und berichteten dann objektiv darüber, während sonst sogar die Renovierungsspenden der Sudetendeutschen zugunsten ihrer Heimatkirche in der tschechischen Öffentlichkeit gar oft verklausuliert bzw. verschwiegen wurden. Schließlich veröffentlichte man im tschechischen „Königsberg-Beobachter“ auch ein sachkundiges Interview mit dem Moosburger KN-Schriftleiter Rudolf Doyscher korrekt und unzensuriert, nebst Berichten über eine Kynsperker Fahrt der Gebrüder Doyscher, klare Herkunftsangaben bezüglich Kirchen-Spenden, dortige Bausünden usw. Das war der Kynsperker Stadtverwaltung anscheinend (als Herausgeber des ehrlichen Journalismus) zuviel, und man sorgte dafür, daß die objektiven „Zpravodaj“-Mitarbeiter das Handtuch werfen mußten. Somit ist eine Möglichkeit für objektive Berichterstattung dort in der Stadt an der Eger und

am Kaiserwald kläglich beendet worden. Zwar konnte man anläßlich der Kirchen-Renovierung und -Wiederweihung (schon wegen der kirchlichen Gedenktafeln) die Mithilfe der vertriebenen Deutschen nicht ganz verheimlichen, aber ansonsten ist leider nichts mehr vom einst hochwertigen Niveau des „Zpravodaj“ übriggeblieben. – Beim Monatstreffen der Königsberger im Moosburger Haus der Heimat konnte der Vorsitzende des Heimatbundes, Helmut Schmid, zahlreiche Landsleute begrüßen, darunter SL-Obmann Horst Marschou und dessen Stellvertreter Dr. Manfred Ludwigs. Helmut Schmid gedachte der treuen Treff-Teilnehmerin Anna Peisker, geb. Pompl, welche kürzlich überraschend verstarb. Auch dankte der Vorsitzende den Spenderinnen schmackhafter Kuchen als wichtigen Beitrag zum gemütlichen Beisammensein. Über das niveaulose Absinken des tschechischen „Königsberg-Beobachters“ „Kynsperky zpravodaj“ teilte Rudolf Doyscher Einzelheiten mit. Horst Marschou übergab eine im Troppauer Heimatbrief veröffentlichte Abhandlung bezüglich Heimatschein und Heimatrecht. Kritische Anmerkungen zur Landesausstellung „Bayern – Böhmen“ in Zwiesel, verfaßt von Prof. Erhard Korkisch, Dr. Alfred Schickel und anderen wurden aus der „Sudetendeutschen Zeitung“ (München) und der „Sudetentpost“ (Linz) zitiert. Ähnliche Schwächen enthalte leider auch Bayerns Lehrerhandreichung „Deutsche und Tschechen“, kritisierte Rudolf Doyscher. Er bemerkte dazu, daß bei solch fehlerhaften sich seriös gebenden Werken leider immer wieder das Münchener „Collegium Carolinum“ mitmischte (!?) Die Großzügigkeit der Bundeskanzlerin, Polen aus EU-Geldern hundert Millionen Euro zusätzlich zu verschaffen, hat die Kaczynskis keineswegs positiv beeindruckt. Auch auf Ortsebene sollte man übrigens nachdenklich sein, z. B. betreffs neues Heimathaus und dessen sinnvolle Nutzung, spez. betr. Versammlungs- und Gemeinschaftsräume. Als gemeinsamer Vertriebenen-sprecher erklärte Dr. Manfred Ludwigs, daß Moosburgs Haus der Heimat zwei Hauptaufgaben habe. Einmal soll es über die Herkunft der Vertriebenen, deren Vertreibungsschicksal und die einstigen Heimatgebiete sachverständig informieren. Zum Anderen soll im Haus der Heimat unterrichtet werden, über die Entwicklung vom einstigen Lager für Kriegsgefangene – STALAG VII A – nebst Nachkriegs-Internierungslager, zum Vertriebenenlager ab 1948, mit hartem Neubeginn der Heimatvertriebenen. Spätere Firmenprobleme des kleinen Mittelstandes gelte es festzuhalten, wofür Dr. Manfred Ludwigs Beispiele nannte. Auch könne man die örtliche Umstrukturierung der letzten Jahre nicht übersehen. Das alles sei ein wesentlicher Teil der Moosburger Stadtgeschichte, betonte Dr. Ludwigs. Auf die Bedeutung der US-Hausner-Stiftung und deren Deutschland-Vertreter Dr. Hans Mirtes (04160 Frontenhausen, Eggergasse 12) wurde hingewiesen. Letztlich trug Rudolf Walter einen heimatkundlichen Presseartikel vor und Erwin Hellingner übersetzte interessante k.u.k.-Nostalgie aus einer tschechischen Zeitung. Emmi Bichler und Gretl Gabriel sorgten zwischendurch mit Speis' und Trank für Gemütlichkeit beim gutgelungenen Monatstreffen. – Die nächste Zusammenkunft in Moosburg ist am 20. Oktober. R. Doyscher

Spende für die „Sudetentpost“

500,- Hans-Joachim Herbel, 70188 Stuttgart

Die „Sudetentpost“ dankt dem Spender sehr herzlich.

Redaktionsschluß

Der Redaktionsschluß ist jeweils am Donnerstag, um 12.00 Uhr, acht Tage vor dem Erscheinungstermin. Bis dahin müssen die letzten Beiträge bei der Redaktion eingelaufen sein.

Zu spät einlangende Berichte können leider nicht mehr berücksichtigt werden.

Folge 19	27. September	Red.-Schl.	20. September
Folge 20	18. Oktober	Red.-Schl.	11. Oktober
Folge 21	2. November	Red.-Schl.	25. Oktober
Folge 22	15. November	Red.-Schl.	8. November
Folge 23	29. November	Red.-Schl.	22. November
Folge 24	13. Dezember	Red.-Schl.	6. Dezember

Sudetentpost

Eigentümer und Verleger:

Sudetendeutscher Presseverein, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Ruf u. Fax: 0732 / 700592.

Obmann: **DDR: Alfred Oberwanding**, Geschäftsführer: **Ing. Peter Ludwig**, Alle in 4040 Linz, Kreuzstr. 7. **Druck: LANDESVERLAG** Druckservice, 4600 Wels, Boschstr. 29. Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. Jahresbezugspreis: Inland € 34,50, inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Europa: € 41,70, Übersee: € 56,00; Einzelpreis: € 1,55, Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Konto-Nr. 28135, Blz. 20320. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Konto-Nr. 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz.

OFFENLEGUNG NACH § 25 MEDIENGESETZ:

Medieninhaber:

Sudetendeutscher Presseverein mit Sitz in Linz. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf das Bundesgebiet Österreichs.

Grundlegende Richtung:

Der Verein bezweckt die Herausgabe und den Vertrieb von Presseerzeugnissen, vor allem unter den Heimatvertriebenen in Österreich, insbesondere die Herausgabe der Zeitung „SUDETENPOST“, als Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich. Die Tätigkeit des Sudetendeutschen Pressevereins ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung.

Damit wir nicht auch noch aus der Geschichte vertrieben werden:

Schreiben Sie Ihre Erinnerungen auf!

Die Stimme der Jugend

Jugendredaktion 1030 Wien, Steingasse 25 • Telefon und Fax: 01 / 718 59 13
Internet: www.sdjoe.at
E-mails: office@sdjoe.at

WICHTIGE TERMINE

Wir laden zu folgenden Veranstaltungen sehr herzlich ein:

Am Sonntag, 7. Oktober: **Familienrätselwanderung** für jedermann, gleich welchen Alters. Treffpunkt 9 Uhr bei der Endstation der Straßenbahnlinie 38, Grinzing. Bitte dazu unbedingt den Aufruf im Inneren der „Sudetentpost“ lesen.

Am Samstag, 13. Oktober: **Norbert-Göbel-Gedächtnis-Bowling-Turnier** beim Engelmann in Wien 17. Jedermann, ohne Altersbeschränkung, darunter alle Freunde des Bowlings und Kegels, sind zum Mitmachen herzlich eingeladen. Beginn ist um 13 Uhr.

Am Samstag, 10. November: **Österreichisch-sudetendeutsches Volkstanzfest** in der Babenbergerhalle in Klosterneuburg. Dazu ist jedermann, gleich welchen Alters, recht herzlich eingeladen. Näheres dazu in der nächsten Nummer der „Sudetentpost“.

Bundesverband

Der Sudetendeutsche Heimattag – die wichtigste sudetendeutsche Veranstaltung in Österreich – findet am kommenden Wochenende, am 15. und 16. September, statt. Für jedermann,

auch für die junge und mittlere Generation, wird ein ansprechendes Programm geboten: Zum Beispiel ein Besuch in unseren Museen, das Treffen im „Haus der Heimat“, der bestimmt sehr schöne Festzug und das Treffen in der Babenbergerhalle in Klosterneuburg. Im Foyer der Halle haben wir wieder unseren Informationsstand aufgebaut – machen Sie davon reichlich Gebrauch! All dies wird am diesjährigen Heimattag geboten. Die Öffentlichkeit wird uns wieder beurteilen, und gerade darum ist ein guter Besuch sehr, sehr wichtig. Daher sollten, werte Landsleute, Ihre Kinder und Enkelkinder vor allem bei den Veranstaltungen in Klosterneuburg sehr stark vertreten sein, nehmen Sie daher diese unbedingt mit. Gemeinsam muß es uns gelingen, in der Öffentlichkeit als geschlossene Volksgruppe aller Generationen aufzutreten.

Landesgruppe Wien

Zusammentreffen jeden Mittwoch ab 18 Uhr im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25 / Hoftrakt, 2. OG. – für alle interessierten jungen Leute. – Vom 15. bis 16. September findet in Wien und Klosterneuburg der Heimattag statt – das Programm ist im Zeitungsinnen zu sehen. Eine starke Beteiligung der mittleren und jüngeren Generation ist daher besonders wichtig.

Kommt zu unseren Veranstaltungen! – Termine siehe oben.

BESTELLSCHEIN FÜR DIE Sudetentpost

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an: „Sudetentpost“, Kreuzstraße 7, 4040 Linz. Telefonische Bestellung: 0 73 2 / 70 05 92.

Ich abonniere die „SUDETENPOST“ für mindestens ein Jahr!

Name: _____

Straße: _____

Plz: _____ Ort: _____ Telefon: _____

Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. – Jahresbezugspreis: Inland € 34,50, inkl. 10 % Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Europa: € 41,70, Übersee: € 56,00. – Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Kontonummer 28135, Blz. 20320. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank Passau, Kontonummer 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz. – Telefon und Fax: 0 73 2 / 70 05 92.

Übler Betrug

Nun will Polen durch ein Sondergesetz im Senat den Entschädigungsklagen der deutschen Vertriebenen jede prozessuale Grundlage entziehen.

Die polnischen Gemeindebehörden manipulieren ganz einfach die Grundbucheinträge der ehemaligen deutschen Eigentümer zugunsten des staatlichen Schatzamtes. Auf diese Weise wird den deutschen Immobilien-Eigentümern jede Möglichkeit genommen, bei Entschädigungsklagen sich auf die grundbücherlichen Eintragungen zu berufen.

Ein eklatanter Verstoß gegen europäisches und internationales Recht, ein Betrug übelster Art, den sich der polnische Senat hier leistet.

Aber Polen oder Tschechien dürfen vieles tun, was anderen Ländern in der EU untersagt wäre. Und Polen hat auch bereits signalisiert bekommen, daß sich weder die europäische Kommission, schon gar nicht die deutsche Bundesregierung, gegen diese Urkunden-Fälschungen wehren wird. Allerdings dürfen NUR DEUTSCHE gegen diese Art von Enteignung betroffen sein.

Fürwahr eine eigenartige Betrugsaktion in einer sogenannten „Wertegemeinschaft“!

Unterdessen kündigte der tschechische Landwirtschaftsminister an, den Verkauf von Ackerboden an tschechische Bauern beschleunigen zu wollen. Auch dieser Ackerboden, der 1945 durch die Beneš-Dekrete enteignet wurde, gehörte einst Deutschen oder Ungarn, die man brutal aus ihrer Heimat vertrieb.

Auch eine Art von „Vergangenheitsbewältigung“, die aber niemanden in der europäischen „Gemeinschaft“ stört! Kurt Heinz, Wien

Tschechische Gastronomie

Ergänzend zum Bericht in der letzten „Sudetenpost“, Seite 3. Ich kann mit noch weiteren „Besonderheiten“ der tschechischen Gastronomie aufwarten.

1. Anlässlich eines Ausfluges (20. 6. 07) mit einer Reisegruppe zur Burg Pernštejn bei Brunn wurde in dem Gasthof am Fuße der Burg allen Gästen das gleiche Menü serviert. Die einstimmige Meinung der Teilnehmer war, daß es sich bei dem ganz kleingeschnittenen Hühnerfleisch um Dosen-Katzenfutter gehandelt habe. Interessant auch, daß dafür zirka acht Euro im schon vorher entrichteten Fahrpreis inkludiert waren.

2. In Nikolsburg wählte ich am 16. 6. 07 aus der Speisekarte das Gericht „Wiener Schnitzel mit Pommes Frites und Salat“ aus. Als es zum Zahlen kam, berechnete man mir die Pommes extra. Das sei so vorgesehen. Diskussion sinnlos.

Tribüne der Meinungen

3. In der kleinen Taverne im Nikolsburger Sgraffittohaus (28. 8. 07) erhielt ich, nachdem wir zwei Cola und zwei Palatschinken konsumiert hatten, die Rechnung:

18.- + 18.- + 60.- + 60.- machte unter dem Strich 216.-

Wahrlich nicht schlecht gerechnet! Aufregen darf ich mich jedoch nicht, denn ich hätte ja schon an Ort und Stelle nachrechnen können. Dennoch: Solche Dinge passieren einem halt einmal. Aber nur EIN MAL!!! Wenn ich wieder in die CR fahre, dann nehme ich mir ein Wurstbrot, einen Apfel und ein Kanne voll Kaffee mit. Auch der ist besser als das in abgeschlagenen Tassen servierte gesundheitsschädliche Getränk in Nikolsburg!

Abschließend darf ich noch sagen, daß ich schon allein aufgrund meiner persönlichen Geschichte (geboren 1941 in Nikolsburg – sagt ja alles) ein ganz und gar anspruchsloser Mensch bin. Essen gehen wir praktisch nie. Ab jetzt eben auch nicht mehr in Nikolsburg und in der übrigen CR.

Dr. Gerlinde Follrich de Aguinaga,
Neusiedl am See

Unsinnig

Wiederholt wird in Ihrer geschätzten Zeitung beklagt, daß ein Verschwinden der Sudetendeutschen aus der Geschichte hinsichtlich ihrer Kultur zu befürchten sei. Man befürchtet, daß sudetendeutsche Kultur und Persönlichkeiten tschechisiert werden oder in Vergessenheit geraten.

Ich habe darüber nachgedacht und bin dabei zu folgenden Erkenntnissen gekommen:

Obleich es sehr richtig ist, die Morde und sonstigen Untaten an den Vertriebenen anzuklagen sowie für die enteigneten Güter Bemühungen zu unternehmen, dafür Entschädigungen zu erhalten, ist es andererseits völlig falsch gewesen, die historische Entwicklung nicht anzuerkennen.

Anstatt daß man die eigenen Kulturwerte in die neuen Länder, Deutschland und Österreich, mitgenommen hat und hier heimisch und selbsthaft gemacht hat, ist man ständig in das verlorene Gebiet, das nun einem anderen Staat gehört, gefahren, ist um die ehemaligen Häuser und Grundstücke geschlichen, hat ständig um Versöhnung gebettelt und konnte sich nicht von dem endgültig Verlorenen losreißen. So hätte man beispielsweise Rübzahl im Bayerischen Wald neu erstein lassen können, Häuser und Ortsteile die Namen von Orten und Gebäuden aus der ehe-

maligen Heimat geben können, Vereine und Gemeinschaften von dort gründen und benennen können, usw. usw.

Leider wurde dies auch noch von gewissenlosen Funktionären unterstützt, die noch dazu aufriefen, Gebäude, Kirchen usw. im ehemaligen Heimatland zu renovieren oder gar neu zu errichten, anstatt dort, wo die jetzige Heimat sich befindet, zu investieren und dort die Kulturwerte zu installieren, wo man jetzt wohnt.

Dazu gehört auch, daß man sich in Geschehnisse verbeißt, die im nunmehrigen Ausland vor sich gehen und so tut, als ob diese die Vertriebenen betreffen würden, wodurch man sich aber Unmut und Feindschaft (eine zusätzliche!) zuzieht und nicht nur gar nichts damit erreicht, sondern sich auch unnötig ärgert oder gar Schwierigkeiten einhandelt.

Das alles hat zur Folge beziehungsweise hatte zur Folge, daß die Kulturwerte weder in der ehemaligen Heimat, noch in der neuen Heimat erhalten werden und mit dem biologischen Ende der Erlebnisgeneration mitsterben.

Daß jemand im Ausland vier Glocken stiftet und finanziert, damit er diese eineinhalb Kilometer über die Grenze läuten hört, ist natürlich ein besonderer Fall, aber er zeigt auf, wie unsinnig solche Handlungen sind, und daß sie nichts dazu beitragen, die großen kulturellen Werte der Vertriebenen, in diesem Fall Sudetendeutschen, zu erhalten. Erhalten werden können diese Werte ja auch nur dort, wo noch Deutsch gesprochen wird. Und nur dort könnten sie auch für die Nachwelt erhalten werden!

Rudolf Kofler, Graz

Berichte auch in Tschechisch?

Da meine Familie auch zu den Betroffenen gehört – sie wurde aus Mährisch Neustadt / Unicev vertrieben –, bin ich sehr an Ihren Berichten (Sudetendeutscher Pressedienst) interessiert. Da ich in Oberösterreich an der tschechischen Grenze wohne und viel Kontakt zu Tschechen habe (auch beruflich, da ich die tschechische Sprache in Wort – leider nicht in Schrift – ganz gut beherrsche), muß ich mit Bedauern feststellen, daß das Rechtsdenken in Tschechien immer noch nicht dem europäischen Standard entspricht und die Vertreibung als „rechtsmäßig und normal“ angesehen wird, was sicherlich auch auf den jahrzehntelangen Einfluß des kommunisti-

schen Systems zurückzuführen ist. Meine Bitte an Sie wäre, daß Sie für die gesamten hier veröffentlichten Berichte auch eine Druckversion in Tschechisch anbieten könnten, was mir bei meiner mündlichen Aufklärungsarbeit in Tschechien sehr zu Hilfe kommen würde!

Es ist schon richtig, daß das Hauptaugenmerk heute auf Versöhnung und gemeinsame Zukunft gerichtet werden muß, aber das kann nur auf fruchtbarem Boden geschehen, indem auch die Verbrechen der Vergangenheit aufgearbeitet werden, wie es in Deutschland und Österreich schon seit langer Zeit geschieht!

Christian Tauber, via E-mail

Wer könnte uns bitte mit der Tschechisch-Übersetzung helfen?

Müßte über das Internet (E-Post / E-mail) abgewickelt werden.

Benachrichtigungen an office@sudeten.at

Vorsitzende vor!

Als Abonnent Ihrer Zeitschrift schätze ich die „Sudetenpost“ sehr, ich gestatte mir jedoch zu bemerken, daß meines Erachtens die fettgedruckte Überschrift der Ausgabe vom 21. Juni 2007, „Die Klage ist fertig: Sudetendeutsche ziehen jetzt vor die UNO!“ dem nachfolgenden Inhalt nicht eindeutig entspricht, da man denken könnte, daß alle Sudetendeutschen jetzt vor die UNO ziehen. Leider sind es nur siebenundvierzig von den drei Millionen zu Unrecht vertriebenen, ihrer Heimat und ihres Besitzes beraubten Sudetendeutsche, die sich mit allen rechtlichen Mitteln für ihre geraubten Menschenrechte einsetzen.

Meines Erachtens würde es einen viel größeren Eindruck auf den UNO-Menschenrechtsausschuß machen, wenn sich die Bundesvorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft von Österreich und von Deutschland als offizielle Repräsentanten der drei Millionen vertriebener Sudetendeutscher mit Hilfe eines Rechtsanwalts an den UNO-Menschenrechtsausschuß wenden würden.

OSTR. i. R. Rudolf Heinzl, D-Kulmbach

Liebe Leserinnen und Leser!

Wir freuen uns über jede Zuschrift und möchten Sie hiermit freundlich ermuntern, uns auch Ihre Meinung zu den Themen, die uns gemeinsam berühren, zu senden.

Leserbriefe stellen grundsätzlich persönliche Meinungen dar und müssen nicht der Meinung der Redaktion und des Herausgebers oder der SLÖ entsprechen. – Wir bitten um Verständnis, daß wir anonyme Leserbriefe nicht abdrucken können.

Wir haben gelesen



Konrad Badenheuer: „Die Sudetendeutschen – eine Volksgruppe in Europa.“ München 2007, 14,90 Euro, 148 S. Zu bestellen beim Herausgeber: Sudetendeutscher Rat, Hochstraße 8,

81669 München. ISBN: 978-3-00-021603-9.

Mit großem Erfolg hat der Sudetendeutsche Rat im Mai die Ausstellung „Die Sudetendeutschen – eine Volksgruppe in Europa“ im Bayerischen Landtag präsentiert. Die 105 Tafeln umfassende Ausstellung war zuvor bereits beim Sudetendeutschen Tag 2006 in Nürnberg gezeigt worden.

Nun liegt auch der Ausstellungskatalog vor. Vieles ist auch für gute Kenner der sudetendeutschen Geschichte neu: So kennt wohl jeder Sudetendeutsche die blutige Niederschlagung der friedlichen Demonstrationen am 4. März 1919. In diesem Buch wird nun aber auch eindrucksvoll die Skrupellosigkeit beschrieben, mit der die tschechischen Verantwortlichen in den vier Monaten vor diesem Ereignis das Sudetenland militärisch besetzt und – unter massiver

Drosselung der Lebensmittel- und Kohleversorgung des deutschen Grenzlandes – Versuche einer sudetendeutschen Verteidigung fast im Keim erstickt haben. Auch der zweimalige Zerfall der Tschechoslowakei in Einzelstaaten 1939 und 1993 ist allgemein bekannt. Das Buch erinnert daran, daß bereits bei der Gründung der Tschechoslowakei die damals 2,2 Millionen Slowaken keineswegs in Jubel ausbrachen, sondern tschechisches Militär zwischen November 1918 und Juli 1919 in wechselvollen Auseinandersetzungen mit ungarischen Truppen die Zugehörigkeit der Slowakei zu dem neuen Staat regelrecht erkämpfen mußten. Nur sehr wenige Publikationen in deutscher Sprache berichten über diese historischen Tatsachen. Hier geschieht es klar, knapp und präzise.

Neue, bislang unbekannte Tatsachen hat der Autor Konrad Badenheuer auch über das Miteinander von Deutschen und Juden in der Abwehr des tschechischen Nationalismus und über den Lastenausgleich der fünfziger und sechziger Jahre zutage gefördert. Badenheuer belegt, daß dieser Lastenausgleich den Vertriebenen um ein Vielfaches weniger brachte, als gemeinhin angenommen wird (Zitat: „Sämtliche Immobilien aller 14 Millionen Vertriebenen wurden insgesamt mit nur 17,3 Milliarden DM entschädigt – das sind pro Kopf nicht mehr als 1240 Mark.“). Er zeigt außerdem auf, daß die Vertriebenen mit ihrem enormen Beitrag zum Wirtschaftswunder ihre Entschädigung überwiegend geradezu selbst erwirtschaftet haben.

Ebenso neu ist der Hinweis auf eine bislang

im deutsch-tschechischen Verhältnis übersehene Opfergruppe, die an die große Nähe der beiden Völker erinnert: Wie man heute weiß, haben sich bei der Volkszählung im Mai 1939 rund 90.000 zweisprachige Tschechen als Deutsche bekannt. Diese wurden später wie alle (anderen) Deutschen zum Kriegsdienst eingezogen, knapp 5000 von ihnen starben als Soldaten in deutscher Uniform oder als Kriegsgefangene. Diese bislang auf beiden Seiten tabuisierte Opfergruppe war sogar größer als die Verluste durch die Terrorwelle nach dem Heydrich-Attentat, bei der rund 1700 Tschechen umgebracht wurden.

Trotz solcher Ausblicke auf dunkle Kapitel schließen Ausstellung und Buch in einem optimistischen Ton: Es gebe vier „zeitlose“ Ziele der Sudetendeutschen, die selbst in vielen Jahren noch erfüllt werden könnten und sollten – unabhängig davon, wieviele Sudetendeutsche zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch leben. „Uns kam es auf eine versöhnliche Gesamtausgabe im Geist der europäischen Kooperation an“, schreibt Albrecht Schläger, der Generalsekretär des Sudetendeutschen Rates, in seinem Einleitungswort. Das Buch erfüllt diesen Anspruch, ohne jegliche Kompromisse mit der Wahrheit zu machen. Gefördert wurde die Veröffentlichung von der Sudetendeutschen Stiftung, dem Freistaat Bayern und der Bundesrepublik Deutschland. Durch seine Anschaulichkeit, Klarheit und leichte Lesbarkeit ist das Buch übrigens auch ein hervorragendes Geschenk für nachgeborene Kinder und Enkel.

SR

Ausstellung in der Wandelhalle der Kuranlage Bad Reichenhall:



EDUARD MÖRIKE

MOZART AUF DER REISE NACH PRAG

— Text und Illustration —

11. bis 30. September 2007

Eröffnung:

10. September, 18.00 Uhr

Begrüßung:

SL-Obmann Herbert Ott

Einführung:

Prof. E. E. Korkisch

Musikbegleitung:

Johanna Böhm / Harfe

Veranstalter: Sudetendeutsche Landsmannschaft Bad Reichenhall in Zusammenarbeit mit der Kur GmbH Bad Reichenhall

Der Eintritt ist frei!